Die „Volkswacht“ erscheint täglich Nachmittag außer Sonntag und ist durch die Expedition, Neue Graupenstr. 5/6 durch die Post und durch Colporteure zu beziehen. Preis vierteljährlich Mk. 2.50, pro Woche 20 Pf. Postzeitungsliste Nr. 7249.

Volkswacht

für Schlesien, Posen und die Nachbargebiete.

Organ für die werkthätige Bevölkerung.

Mit der illustrirten Beilage „Die Neue Welt“.

Insertionsgebühr beträgt für die einspaltige Petitzeile oder deren Raum 20 Pfennige, für Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 10 Pfennige. Inserate für die nächste Nummer müssen bis Vormittag 10 Uhr in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 14. Freitag, den 17. Januar 1896. 7. Jahrgang.

Zur politischen Situation.

Dem frechen Raubzuge des Abenteurers Jameson nach Transvaal haben die Milizen der Boeren mit ihrer kaltblütigen Tapferkeit ein rasches Ende bereitet. Der Führer der Diebesbande, die Leben und Eigenthum Anderer mit den Waffen bedroht hat, kommt durch Englands Verwendung ungeschoren davon zur selben Zeit, da der Socialismus, der nur mit gesetzlichen Waffen kämpft, in fast allen Culturländern mit harten und härtesten Verfolgungen heimgesucht wird. Das beleuchtet grell die Signatur unserer Zeit. Aber das „perfide Albion“, dessen Capitalisten und politische Agenten den Raubzug Jamesons veranlaßt haben, sieht sich durch die Affäre in Transvaal plötzlich in eine ganz andere Lage versetzt. Dieser Jameson mit sammt seinem Patron Cecil Rhodes ist eine für England unheilvolle Erscheinung und sein Zug hat eine für England ganz unerwartete Wirkung gehabt — England ist ganz plötzlich isolirt worden. Soeben in einen Streit mit Nordamerika wegen der Grenzstreitigkeiten mit Venezuela verwickelt, sieht England plötzlich, daß es auch in den übrigen Ländern fast nur Feinde hat. Deutsche, Franzosen, Italiener — Alle machen aus ihrer Antipathie gegen England kein Hehl, Rußland ist Englands natürlicher Gegner und alle Feinde finden sich in dem gemeinsamen Gefühl des Widerwillens gegen England zusammen; die Flamme des Antagonismus zwischen deutschen und französischen Chauvinisten scheint für den Moment zu erlöschen. Eine wüthende Preßfehde hat sich entsponnen und man kann froh sein, daß diese Wuth sich in Tinte und nicht in Blut ausspritzt.

Daß England in diese Situation gerathen, daran ist es selber schuld. Wer die ganze Welt ausbeuten will, der muß eben gewärtig sein, daß er in der ganzen Welt Feinde hat. Die englische Krämerpolitik, die schon so viel Unheil angerichtet hat, muß sich einmal rächen, und wie sehr das Maß voll war, sieht man daran, daß es der Tropfen in Transvaal zum Ueberlaufen gebracht hat.

Wir sind sonach in dieser Angelegenheit ohne Vorurtheil. Nichtsdestoweniger aber müssen wir scharf jenen kurzsichtigen Politikern der Presse entgegen treten, die sich so sehr von ihren augenblicklichen Gefühlen leiten lassen, daß sie die Isolirung Englands als eine erfreuliche Wendung bezeichnen. Der deutsche Chauvinismus schießt in diesem Falle wie immer, weit über das Ziel hinaus.

England hat den mächtigsten Colonialbesitz, der sich über alle fünf Erdtheile erstreckt. Seine meerbeherrschende Flotte, sein Welthandel und seine gewaltige Industrie in Verbindung mit seinem ausgedehnten Länderbesitz haben es zu einem natürlichen Gegengewicht Rußlands gemacht. Wie schmählich auch heute die Haltung Englands anläßlich der jüngsten Wirren in der Türkei gewesen sein mag — Niemand wird leugnen können, daß ohne England die russische Barbarei in Europa längst einen breiteren Boden gewonnen hätte, als sie heute inne hat. In diesem Sinne hat England unendlich mehr geleistet, als der Dreibund, und die englischen Staatsmänner haben dem Christenthum überall die Wege nach Westen verlegt, auch in jenen Zeiten, da die gepriesene Staatskunst Bismarcks sich durch sorgfältige Pflege der russischen „Erbfreundschaft“ hervorthat. Davon ließ sich Bismarck erst durch die äußerste Nothwendigkeit abdrängen, denn seine Neigung zu Rußland war eine aufrichtige, da er in den russischen Zuständen Manches sah, was er gerne in Deutschland nachgebildet hätte. Ihn für diese Dinge zu loben, wollen wir den Nationalliberalen überlassen.

Frei von chauvinistischer Erhitzung wollen wir nicht vergessen, daß die inneren Zustände Englands niemals verfehlt haben, eine günstige Wirkung auf das übrige Europa auszuüben. Zwar sind die bürgerlichen Freiheiten, die sich das englische Volk in Jahrhunderten von blutigen Kämpfen errungen hat, abgeschwächt und vielfach illusorisch gemacht durch die sociale Zerklüftung von heute, und die Klassenvorrechte machen sich in England ebenso brutal geltend wie anderwärts. Aber eins hat sich das englische Volk voll und ganz zu wahren gewußt, trotz aller Anfechtungen und Machinationen, nämlich das Asylrecht. Weder die freie Schweiz noch die Republik Frankreich, noch sonst ein Staat auf dem Continent, ist im Stande gewesen, das Asylrecht uneingeschränkt zu erhalten; die republikanischen Freiheiten Frankreichs können heute von russischen Einflüssen angetastet werden. Nur England bietet dem politisch Verfolgten, aus welchem Land er auch kommen möge, eine sichere und unverletzliche Zufluchtsstätte.

Dem entsprechend sei nicht übersehen, daß England schon in manchen Fragen und Krisen im Interesse der Humanität und Civilisation eingegriffen hat. Die englische Politik hat gewiß der Greuel und Gewaltthaten genug aufzuweisen, aber die Freiheitsliebe des englischen Volkes und dessen Widerwillen gegen den Krieg haben die Regierungen des Inselreichs auch schon hundert Mal genöthigt, von den gewöhnlichen Praktiken der Staatsmänner abzulassen. Die englischen Chauvinisten gehören der Großbourgeoisie an, die unersättlich ist in Bezug auf ihren Handelsprofit und die darum auch glaubt, die englische Staatsmaschine sei nur dafür da, diesen Profit zu vermehren. Aber das englische Volk, das sich bis heute noch nicht einen Militarismus, wie er die Völker des Continents erdrückt, hat aufzwingen lassen, ist weniger leichtherzig, wenn es sich um äußere Verwicklungen handelt, und wird Alles thun, um kriegerische Zwischenfälle mit dem europäischen Continent zu vermeiden.

In dem Augenblick, da der Einfluß Englands zurücktritt und diese Macht in dem „europäischen Concert“ isolirt steht, muß in demselben Maße der Einfluß Rußlands sich vermehren. Die barbarische Macht, welche die Intelligenz ihres Landes in dem Riesenkerker Sibirien begräbt und gerne ganz Europa dem Szepter ihres finsteren Despotismus zu Füßen sehen möchte, wird begierig die Gelegenheit benutzen, um sich da festzusetzen, wo England verdrängt worden ist. Man weiß, welche Mittel von der russischen Diplomatie allen schon angewendet worden sind, um das englische Asylrecht zu zerstören und die Menschen, welche es wagen, gegen den russischen Despotismus anzukämpfen, auf der ganzen Erde heimathlos zu machen. Schon dieser eine Umstand würde hinreichen, es uns als ein Unglück erscheinen zu lassen, wenn der russische Einfluß in Europa gegenüber den englischen dominirt. Aber die herrschenden Klassen von heute haben für diese Dinge keinen Sinn mehr, wenn auch einzelne ihrer Wortführer im Festjubel gelegentlich einmal von „idealen Gütern“ sprechen; sie beugen sich jeder Macht, welche ihnen dafür Garantien bietet, daß sie ruhig Capitalien anhäufen können.

In dem Conflict mit England liegt sonach eine schwere Gefahr verborgen und wir wünschen nur, daß der Conflict wirklich schon beigelegt sein möchte.

Angesichts solcher Vorgänge wird man immer wieder an das bedeutende Wort des ersten Napoleon erinnert, daß Europa einst republikanisch oder kosakisch werden müsse. Nach republikanischen Neugestaltungen sieht es im Moment sicherlich nicht aus; dagegen gewinnt die Gefahr des Kosakenthums an Umfang. Darin liegt eine ernste Mahnung, nicht nur an unsere Chauvinisten, die sich dieser Gefahr nicht bewußt sind, sondern auch an das englische Volk, daß es seine politischen Rechte gebrauchen möge, um die Sucht der Staatsmänner nach Abenteuern zu zügeln und sie zu verhindern, daß sie im Interesse der Capitalisten und Speculanten Raubzüge à la Jameson fördern. Dann wird man solche Conflicte, wie den gegenwärtigen, vermeiden.

Politische Rundschau.

Berlin, den 16. Januar.

Aus dem Reichstage. Das war eine bewegte, ja stürmische Sitzung heute! Der Antrag Kanitz, über den zum dritten Mal im Reichstage verhandelt werden sollte, hat Schaaren von Junkern nach Berlin geführt. Auf den Bänken der Rechten sah man kaum ein leeres Plätzchen; ganz unbekannte Gesichter, die man noch nie im Reichstage gesehen hat, tauchten unten und im Foyer auf. Aber auch die anderen Parteien waren stark vertreten, nur am Ministertisch sah es merkwürdig leer aus. Fürst Hohenlohe fehlte, der Landwirthschaftsminister Herr von Hammerstein-Loxten und die beiden von den Agrariern am bittersten gehaßten Staatssecretäre, Herr von Bötticher und Freiherr von Marschall waren allein da. Die Tribünen waren dicht gefüllt, zwar nicht von den Männern mit den nägelbeschlagenen Schuhen, wohl aber von vielen Landjunkern, die mit ihren Frauen die große Action mit erleben wollten. Und diese Action verlief recht dramatisch. Dafür sorgte die Rechte, die sich mit großem Eifer bemühte, dem Reichstage minutenlang das Gepräge der berüchtigten Tivoliversammlung zu geben. Keine Spur von vornehmer Zurückhaltung lag über diesen Grafen und Baronen, der Geist des Herrn Ruprecht aus Ransern schien sie alle zu beseelen. Das zeigte sich schon in der Art, wie sie die einleitende Rede ihres Vorkämpfers, des Grafen Kanitz, aufnahmen. Das war ein Bravorufen, eine Begeisterung, als hätten sie Anlaß, einem Führer zuzujubeln, der einen großen Sieg errungen hat. In Wirklichkeit steht ihnen allerdings kein parlamentarischer Erfolg, sondern eine empfindliche Niederlage in Aussicht, und der geschickt inscenirte Beifallslärm soll diese Niederlage nur nach außen maskiren. Sachlich bot die Rede des Grafen Kanitz nichts Neues; es waren die alten, in Zeitungen, Broschüren, Plenarsitzungen und Commissionsverhandlungen bis zum Ueberdruß erörterten Scheingründe, mit denen er die Brotvertheuerung zu Gunsten bankrotter

---

Bel-Ami.

Roman von Guy de Maupassant.

39] Nachdruck verboten.

Als ihr Artikel fertig war, las ihn Georges noch einmal laut und deklamirend vor. Sie waren beide der Meinung, daß er ausgezeichnet gelungen wäre, und lächelten sich freudig überrascht an, als wenn sie sich jetzt erst recht entdeckten. Tief sahen sie sich von Bewunderung und Zärtlichkeit erfüllt in die Augen, und sie küßten sich mit einem Eifer, einem Feuer, als vermählte sich Leib und Seele.

Der Artikel erschien mit der Unterschrift: Georges Du Roy de Cantel und machte großes Aufsehen. Die Deputirtenkammer gerieth in Bewegung. Herr Walter beglückwünschte den Verfasser und übertrug ihm die politische Redaction der „Vie Française“. Boiserenard übernahm wieder das Locale.

Nun begann die Zeitung ebenso geschickt wie heftig den leitenden Minister zu bekämpfen. Bald war der Angriff ironisch, bald ernst, bald höflich, bald giftig, immer aber war er gewandt und stützte sich auf Thatsachen; seine Sicherheit und Beständigkeit überraschte Jedermann.

Die anderen Blätter citirten unaufhörlich die „Vie Française“ und entnahmen ihr große Spalten. Ja, die herrschenden Kreise erkundigten sich, ob man dem unbekannten aber gefährlichen Gegner nicht durch eine Präfektur das Maul stopfen könne.

Du Roy wurde in den Fractionen berühmt. An der Art, wie ihm die Hand gedrückt, wie der Hut vor ihm gezogen wurde, merkte er das Wachsen seines Einflusses. Dabei blickte er mit staunender Bewunderung auf die Genialität seiner Frau; wie gewandt wußte sie sich zu informiren, wie groß war die Zahl ihrer Bekanntschaften!

Alle Augenblicke fand er, wenn er nach Hause kam, einen Senator, einen Abgeordneten, einen Beamten, einen General in seinem Salon, und alle behandelten sie Madeleine als alte Freundin, traten ihr mit ernster Vertraulichkeit gegenüber.

Wo hatte sie nur all die Leute kennen gelernt? In der Gesellschaft, sagte sie. Aber wie hatte sie ihr Vertrauen und ihre Zuneigung zu erwerben gewußt? Das begriff er nicht.

Sie konnte den besten Diplomaten abgeben, dachte er.

Oft kam sie roth vor athemloser Erregung um Stunden zu spät zum Essen und rief, bevor sie den Schleier zurückgeschlagen: „Na, heut habe ich was Feines erfahren. Denk Dir nur, der Justizminister hat zwei Beamte eingestellt, die früher ein anrüchiges Gewerbe betrieben haben. Wir wollen es ihm auszahlen, daß er daran denken soll!“

Und es wurde dem Minister ausgezahlt und am folgenden Tage wieder und am dritten Tage wieder. Der Abgeordnete Laroche-Mathieu, der jeden Dienstag in der Rue Fontaine aß, während der Graf von Vaudrec in der Woche den Anfang machte, schüttelte mit dem Ausdruck lebhaftester Freude beiden die Hand. Unaufhörlich wiederholte er:

„Wetter noch ein! Das nenn ich einen Feldzug. Wenn das nicht helfen sollte!“

Er hoffte in der That stark darauf, das Portefeuille des Auswärtigen zu erbeuten, worauf er schon lange ein Auge geworfen hatte.

Er gehörte zu jenen grundsatz- und gesinnungslosen Politikern ohne Kraft, Begabung und ernsthafte Kenntnisse, wie sie zu Hunderten auf dem Wahldünger gedeihen. Als Provinzadvokat war er der Held seines Ortes gewesen; jetzt hielt er zwischen der Rechten und Linken pfiffig in der Mitte und stellte eine Art republikanischen Jesuiten und schwammigen Liberalen zweifelhafter Natur dar.

Sein bäuerlicher Macchiavellismus verschaffte ihm Ansehen bei seinen Collegen, bei dem habgierigen Gesindel der Deputirtenkammer. Er war gerade gelacht und correct, vertraut und liebenswürdig genug, um Erfolg zu haben. Und an dem fehlte es ihm nicht in der unruhigen, unfeinen gemischten Gesellschaft der Herren der Gegenwart.

Ueberall hieß es von ihm: Laroche wird Minister werden und er glaubte noch viel fester als die anderen daran, daß Laroche Minister werden würde.

Er war einer der Haupt-Actionäre der Walter'schen Zeitung, so wie College Walter auch sein Verbündeter in allen Finanzoperationen war.

Du Roy lieh ihm vertrauensvoll und mit vagen Hoffnungen für später seine Unterstützung. Er setzte damit übrigens nur ein Werk fort, das Forestier begonnen hatte. Dem hatte Laroche-Mathieu für den Tag seines Triumphes das Kreuz der Ehrenlegion versprochen. Der Orden brauchte also nur auf die Brust von Madeleine's neuem Gatten überzugehen, sonst hatte sich nichts verändert.

Ja, nichts hatte sich verändert. Und das war so auffällig, daß sich Du Roy deswegen mit beißendem Spott von seinen Collegen verfolgt sah, den er allmälig satt bekam.

Er wurde allgemein Forestier genannt.

Sobald er in die Redaction kam, rief ihn einer: „Sag' doch mal, Forestier.“

Er that so, als hörte er nicht und kramte unter den Briefen in seinem Kasten. Aber die Stimme ertönte nur noch lauter wieder: „Hola! Forestier!“ Und ersticktes Gelächter wurde laut.

Wollte nun Du Roy in das Cabinet des Verlegers gehen, so hielt ihn der, der ihn gerufen hatte, auf: „Ach, verzeih! Ich wollte mit Dir reden. Zu dumm, ich verwechsle Dich immer mit dem armen Forestier. Das mag wohl daran liegen, daß Deine Artikel den seinen so merkwürdig ähnlich sehen. Da muß ja jeder irre werden.“

Du Roy erwiderte nichts, aber er kochte vor Wuth,

Grundbesitzer, wie sie sein Antrag herbeiführen würde, zu rechtfertigen suchte. Nach dem Grafen Kanitz nahm sofort der Staatssecretär Marschall von Bieberstein das Wort. Seine einstündige Rede war eine ausgezeichnete Leistung. Punkt um Punkt widerlegte er treffend und elegant die Behauptungen der Kanitzerei. Wie seine Hiebe saßen, darüber quittirten die Junker durch das wahre Wuthgeheul, das sie anstimmten. Herr von Marschall ließ sich nicht aus der Ruhe bringen. Er trotzte dem Sturm, der ihn von der Rechten her umbrauste, mit sicherer Gelassenheit und nahm von der Linken den lebhaften Beifall an, den seine Geschicklichkeit verdiente. So sehr wir uns in allen politischen Grundanschauungen von dem Staatssecretär entfernen, können wir doch nicht umhin, sein Talent anzuerkennen, für welches er heute eindringlichen Beweis erbrachte. Als Herr von Marschall endete, machte sich der agrarische Fanatismus Luft in einem minutenlang dauernden, dreimal einsetzenden Zischen, das von der Linken und vom Centrum mit ebenso demonstrativem Beifall erwidert wurde. Graf Galen war auch in diesem Jahre der Worführer des Centrums und auch diesmal war seine Rede so unbedeutend, daß man sich erstaunt fragen mußte, weshalb das Centrum, das doch bessere Köpfe hat, gerade ihn vorschicken mußte. Des Räthsels Lösung liegt wohl darin, daß Graf Galen ein sehr reicher Großgrundbesitzer ist und die Ultramontanen seinen Worten deshalb besonderen Einfluß auf ihre ländlichen Anhänger zutrauen. Das Centrum das konnte Graf Galen verkünden, steht dem Antrage Kanitz wie ein Mann geschlossen gegenüber. Man weiß, daß es mit dieser Einigkeit lange Zeit recht sehr gehapert hat, und wenn die agrarische Strömung im Centrum nun auch in der parlamentarischen Fraction zurückgedrängt ist, so ist sie damit noch lange nicht überwunden. — Nach diesen ersten drei Reden machte sich im Hause ein gewisses Gefühl der Ermüdung geltend. Diesem Gefühl kam der nächste Redner, Graf Schwerin, verständigerweise Weise entgegen. Er sprach so einschläfernd und langweilig, daß nur die rabiatesten Agrarier zuhörten. Ihnen bereitete er die Freude, den statistischen Nachweis zu erbringen, daß der Antrag Kanitz auch im Interesse der Consumenten liege, da der Brotpreis durch das Staatsmonopol des Getreidehandels nicht erhöht werden würde. Außer diesem Zahlenkunststückchen gab der Redner nichts Besonderes zum Besten. — Die Debatte wäre heute ausschließlich zwischen Grafen und Baronen geführt worden, wenn nicht Herr Rickert zum Wort gekommen wäre. Eine Leuchte des Bürgerthums ist der langjährige Vertreter Danzigs nie gewesen, in den letzten Jahren aber hat er große Aussicht darauf bekommen, die lustige Person im Hause zu werden. Es nimmt ihn Niemand mehr recht ernst mit seiner unfehlbaren Geschwätzigkeit. Auch heute ermüdete er Freund und Feind endlich mit seiner Rede, die sich fast zu einem Dialog zwischen ihm und Herrn von Puttkamer gestaltete. Er vermochte die wenigen Zwischenbemerkungen nicht immer gebührend abzuwehren. Lebensmüdiger als die Rechte bei Herrn Rickert benahm sich die Linke bei der nun folgenden Rede des Grafen Bismarck. Sie hörte dem „geistlichen Sohn des Alten nicht, als er mit vielen Ach's und Och's sein Sprüchlein herunterhaspelte. Es war offenbar Friedrichsruher Predigt. Graf Bismarck kam sich nicht an dem Antrag Kanitz, den er als Rettungsbeil bezeichnete und plaidirte im Uebrigen für ein Bündniß zwischen den Schlotbaronen und Junkern, wie es 1879 den großen Feldzug der Bismarckischen Schutzzollpolitik ermöglichte. Es war unverfänglich von ihm, an demselben Tage wie Herr von Marschall zu sprechen. Der Unterschied in der Begabung zwischen dem alten und dem jetzigen Staatssecretär des Aeußeren trat zu grell hervor. — Nachdem noch der Welfe Graf Bernstorff gegen den Antrag Kanitz sich erklärt hatte, wurde die Fortsetzung der Debatte auf morgen vertagt. Von unserm Standpunkt Heibert.

— **Der Ausfall der Kölner Wahl**, besonders die Verringerung der socialistischen Stimmen noch unter die Zahl der im Mai v. J. bei der Nachwahl erlangten Stimmen hat in Parteikreisen überrascht. Unser Hamburger Bruderorgan äußert sich über diese auffällige Erscheinung wie folgt:

Das 1893er Resultat läßt sich für den Vergleich nicht ohne Weiteres heranziehen, weil damals jetzt abgetrennte Stadttheile mitwählten, die zum Kölner Landkreise gehören. Die Wahl wurde hierdurch beeinflußt. Vergleicht man aber das Resultat vom Mai vorigen Jahres mit dem diesmaligen, so können wir uns der Annahme nicht verschließen, daß **unsere Kölner Genossen diesmal ihre Schuldigkeit nicht gethan zu haben scheinen**. Schon der Rückgang der Stimmen bei der Stichwahl 1893 machte einen sehr bedenklichen Eindruck, den das 1895er Resultat nicht beheben konnte. Nach dem tiefen Eindruck, den der **Brauweiler Proceß** gemacht hat, mußte mit Recht angenommen werden, daß dies auch dem socialdemokratischen Candidaten, der officieller Angeklagter in jenem Proceß war, zu Gute kommen werde. Daß dies nicht geschehen, läßt mit Sicherheit darauf schließen, daß der Wahlkampf nicht betrieben wurde, wie er betrieben werden mußte. Und den Eindruck haben wir auch aus der Haltung unseres Kölner Parteiorgans in der letzten Zeit gewonnen. Man hat sich viel zu viel mit allerlei Kleinigkeiten und Kleinlichkeiten befaßt, anstatt die großen Gesichtspunkte, die für die Socialdemokratie die Hauptsache sind, herauszukehren. Das mußte sich in einem Wahlkreise wie Köln schwer rächen. Hoffentlich ziehen unsere Kölner Genossen für die Zukunft die richtige Lehre daraus.

Uebrigens ist keineswegs ausgeschlossen, daß ein Theil der Nationalliberalen, die ja in den letzten Stichwahlen stets für das Centrum stimmten, jetzt gleich für den Centrumsmann gestimmt hat, um die Stichwahl zu vermeiden. Der Jubel der ultramontanen „Köln. Volksztg." ist darum kaum besonders gerechtfertigt, wenn wir ihr das Gefühl der Genugthuung über den Ausfall auch nicht verargen wollen.

— **Zur weiteren Knebelung der Presse** sucht ein reactionäres Wochenblatt, das sich „Deutsche volkswirthschaftliche Correspondenz" nennt, die Staatsretter aufzustacheln. Das Blatt nennt seinen Plan natürlich „Reform des Preßgesetzes". Es meint, in erster Linie sei eine gesetzliche Bestimmung erforderlich, wonach Blätter, durch die mehr als einmal Anreizung zu Gewaltthätigkeiten und zum Klassenhaß stattgefunden haben, auf die Dauer von mindestens einem Jahre und im Wiederholungsfalle auf die Dauer von fünf Jahren **verboten** werden, und daß Redacteure und Verleger dieser Blätter in dem vorbezeichneten Zeitraume nicht das Recht haben, andere Zeitungen zu redigiren, beziehungsweise zu verlegen! Ferner sollte das Strafmaß für Preßbeleidigungen etwa bis zur Höhe von 4000 Mk. erweitert und die Art der Beleidigungen, welche eine besonders nachdrückliche Ahndung verdienen, gesetzlich festgelegt werden. Auch sollte nicht nur der verantwortliche Redacteur, sondern die Zeitung (bezw. deren Besitzer), durch die die Strafthat verübt wurde, haftbar gemacht werden, und zwar dadurch, daß im Wege der Gesetzgebung dem Richter das Recht verliehen wird, bei schweren Beleidigungen neben der Strafe gegen den Redacteur noch auf eine Geldstrafe bis zur Höhe von 3000 Mk. gegen die betreffende Zeitung zu erkennen, im Unvermögensfalle auf zeitweises Verbot der Zeitung.

Jedes Blatt, dem es überhaupt ernst ist mit der Kritik bestehender Einrichtungen und der Regierungsverhandlungen, würde auf diese Weise nach wenigen Jahren dem Verbote verfallen sein. Das Rezept schmeckt ganz nach Stumm'scher Küche, trotzdem der Herausgeber feierlich versichert, nur auf eigene Faust zu schreiben und von Herrn von Stumm nicht beeinflußt zu werden. Da sieht man aber wieder einmal, wie zwei große Geister sich in ihren staatsretterischen Ideen begegnen.

— **Majestätsbeleidigungen im preußischen Abgeordnetenhause.** Von zuverlässiger Seite wird der „Volksztg." mitgetheilt, daß der Bureau-Director Kleinschmidt einen Beamten auf die Journalistentribüne des Abgeordnetenhauses sandte, der feststellen sollte, welche Journalisten bei dem unten im Hause ausgebrachten Hoch auf den Kaiser und König sitzen geblieben seien. Ein conservativer Jemand — es ist nicht gesagt, ob er im Hause oder auf der Zuschauertribüne gesessen habe — mochte bemerkt haben, daß zwei Journalisten nicht aufstanden seien. Der Beamte traf nur noch einen Redacteur an, einen conservativ-nationalliberalen Herrn. Der meinte, es sei wohl möglich, daß er nicht aufgestanden sei, und begab sich zum Geheimrath Kleinschmidt und setzte ihm die Verhältnisse auseinander, unter denen der Tribünen-Journalist zu arbeiten hat. Kleinschmidt soll darauf etwas erwidert haben, das etwa klang wie: „Ich werde ein gutes Wort für Sie einlegen!" oder: „Ich werde mich Ihrer annehmen." — Natürlich sind bisher die Journalisten wohl immer bei solchen Hoch's, die unten im Sitzungssaale ausgebracht werden, sitzen geblieben, denn erstens haben die Herren meist mit fieberhafter Hast zu arbeiten und dann hat wohl bisher keiner geglaubt, das Recht zu haben, an solchen Kundgebungen der Abgeordneten auch theil zu nehmen. Aber einen netten Fortschritt stellt dieses neueste Vorkommniß dar — **im Jubeljahr des neuen deutschen Reiches.**

— **Der dolus eventualis** hat in seinem Siegeslaufe sich eine neue Trophäe erobert. Mittwoch ist in Berlin der Verleger und Drucker des „Vorwärts", Max **Bading**, unter Anwendung dieses vortrefflichen Eventualdolus zu 14 Tagen Gefängniß verurtheilt worden. Es ist dieselbe Kammer, die auch das erste Mal im Falle Bading verurtheilt hatte. Das **Reichsgericht** hatte das Urtheil aufgehoben, ohne freilich auch nur mit einem Hauche das wichtigste der ersten Entscheidung, den Gebrauch des dolus eventualis zu streifen. Diese neue Errungenschaft juristischer Findigkeit hat also Bürgerrecht in der deutschen Rechtsprechung erworben, die wahrlich gute Gründe hat, mit peinlicher Sorgfalt vorzugehen. Nachdem hochstehende Juristen wie Aulus Agerius und Numerius Negidius die schärfste Kritik an unserer Judicatur geübt haben, ist unsere bescheidene Laienauffassung der deutschen Justiz ja nur aufs beste gestützt und befestigt worden. Bading, der erst durch das Belegexemplar Kenntniß von dem Inhalt der Druckschrift erhielt, wird zur Rechenschaft gezogen, und der Staatsanwalt hebt hervor, daß in Badings Druckerei „vornehmlich socialdemokratische Schriften" gedruckt würden, er trägt die Tendenz in die Erörterungen hinein. Wir verweisen dagegen auf die an anderer Stelle dieses Blattes mitgetheilten trefflichen Worte, die dieser Tage der Hallesche Gerichtsvorsitzende an die Geschworenen gerichtet hat. Wohin wir treiben, erhellt aus solchen Urtheilssprüchen. Wird dieser fahrlässige Dolus erst sich auswachsen, welch ein Feld für tüchtige Juristen! Vom Drucker zum Setzer, zur Falterin, zum Austräger ist nur ein Schritt. Den dauernden Schaden aber erleidet die **Rechtsprechung**.

— **Liebesgaben für Fabriken von Parfümerien und wohlriechenden Wassern.** Die Steuerfreiheit für den zu Parfümeriezwecken verwendeten Sprit ist im Jahre 1895 bekanntlich aufgehoben worden. Es ist aber die Abnahme eines dem Durchschnitt von 3 Jahren entsprechenden Verbrauchsquantums an steuerfreiem Sprit noch bis zum 1. Januar 1896 für zulässig erklärt worden. Aber schon vom 1. Januar 1896 ab wird für exportirte Parfümeriewaaren die **Spritsteuer mit 91 Pf. pro Liter zurückvergütet**. In Folge dessen findet auch in der Uebergangszeit eine **Exportvergütung** statt für den bis 1896 **steuerfrei** verarbeiteten Sprit. Diese Vergütung kommt natürlich den größeren und älteren Fabriken, welchen 1895 in größerem Umfange gestattet wurde, noch steuerfreien Sprit zu verwenden, ganz vorzugsweise zu Statten. Die hieraus folgende Liebesgabe, d. h. die Baarzahlung auf Kosten der Reichskasse unter dem Titel einer Steuerrückvergütung soll für **einzelne größere Fabriken 30- bis 50,000 Mark** betragen.

— **Die ständige Commission für das technische Unterrichtswesen**, welche in Berlin tagte, soll nach eingehender Debatte dem Antrag zugestimmt haben, die Regierung aufzufordern, daß dem **Fortbildungswesen** erhöhte Aufmerksamkeit zugewendet werde.

Wenn die Commission weiter nichts in ihren Berathungen

---

und ein dumpfer Haß gegen den Todten wurde in ihm wach.

Selbst Herr Walter hatte erklärt, als man sich über die auffällige Aehnlichkeit in Geist und Wendungen zwischen den Bemerkungen des jetzigen und des früheren politischen Redacteurs wunderte: „Ja, es ist wie von Forestier, aber von einem kräftigeren, ernsteren, lebendigeren Forestier."

Als Du Roy ein ander Mal zufällig den Schrank öffnete, der die Fanghöcke enthielt, fand er die seines Vorgängers mit einem schwarzen Trauerflor umwunden, den seine aber, dessen er sich bedient hatte, als er sich unter Saint Potins Leitung im Spiel übte, war mit einer Chrysantheme geschmückt. Alle waren sie der Größe nach auf einem Brett aufgestellt und ein Kärtchen, das daneben im Museum glich, trug folgende Inschrift: „Chronologische Sammlung von Forestier u. Co. Erfinder-Du Roy, Patent angemeldet. Nützlicher Artikel, kann unter allen Umständen jetzt auf der Reise benutzt werden."

Er schloß den Schrank ruhig wieder zu und sagte so laut, daß nun alle hören konnten:

„Friedrichs Dummköpfe giebt es doch überall."

Aber er war doch tief in seinem Stolze, in seiner Eitelkeit verwundet, der argwöhnischen Schriftsteller-Eitelkeit, die jene narbige immer lebendige Empfindlichkeit hervorruft, in der sich der genialste Dichter und der kleinste Reporter gleichen.

Forestier! Das Wort zerriß ihm das Ohr; er hatte Furcht, es zu hören und fühlte, wie er roth wurde, wenn er es hörte.

Der Name wurde ihm zum beißendsten Spott, ja zu mehr noch, zur tödtlichen Beleidigung.

Doch gab er vollkommen zu, daß Forestier ohne Madeleine nichts gewesen wäre; aber mit ihm war das ja eine ganz andere Sache.

Kam er nach Hause, so begann die Plage fort. Das ganze Haus erinnerte ihn jetzt an den Todten, die Möbel, die Kerzenleuchter, kurz, alles was er berührte. In der ersten Zeit dachte er nicht so häufig daran; aber der beständige Lobes seiner Collegen hatte eine Art Wunde in sein Herz geschlagen, die eine Menge früher unbeachteter Kleinigkeiten jetzt vergiftete.

Er konnte keinen Gegenstand mehr ergreifen, ohne daß er nicht sofort Charles' Hand hätte darauf ruhen sehen. Was er sah, was er berührte, waren alles Dinge, die jener früher gekauft, gehabt, benutzt und besessen hatte. Und selbst der Gedanke an die ehemaligen Beziehungen seines Freundes zu seiner Frau begann George zu ärgern.

Zuweilen wunderte er sich über diesen Sturm in seinem Herzen, den er nicht verstand, und fragte sich: „Was zum Teufel ist denn los? Ich bin doch sonst auf Madeleines Freunde nicht eifersüchtig. Ich kümmere mich nie darum, was sie macht. Sie kommt und geht nach Belieben .... und der Gedanke an diesen Charles setzt mich in Wuth!"

Zuweilen setzte er hinzu: „Im Grunde war er doch ein Narr. Das ärgert mich vielleicht. Es verdrießt mich einfach, daß Madeleine einen solchen Dummkopf heirathen konnte."

Unwillkürlich sann er: „Wie konnte eine so kluge Frau einen solchen Menschen nur einen Augenblick aushalten?"

Und aus den unbedeutendsten Kleinigkeiten zog sein Haß Tag um Tag neue Nahrung. Die Redeweise verwundete ihn, jedes Wort Madeleines oder des Dieners oder ihrer Kammerzofe, das an den Todten erinnerte.

Eines Abends fragte Du Roy, der gern süße Speisen aß:

„Warum haben wir denn kein Zwiebackgebäck? Du bringst ja nie eins auf den Tisch."

Heftig erwiderte die junge Frau: „Das stimmt, ich denke nicht daran. Charles machte sie nicht und deshalb . . ."

Mit einer ungeduldigen Bewegung, der er nicht Herr werden konnte, schnitt er ihr das Wort ab.

„Ach, weißt Du was: Dein Charles fängt mich an zu langweilen. Das geht immerfort: Charles hier und Charles da; Charles mochte das, Charles mochte jenes. Charles ist nun aber doch einmal todt, so laß ihn doch in Frieden."

Madeleine starrte ihren Mann erstaunt an, sie begriff diesen plötzlichen Ausbruch nicht. Doch da sie klug und scharfsinnig war, ahnte sie ein wenig, was in ihm vorging, ahnte sie die langsame Arbeit nachträglicher Eifersucht, die mit jeder Secunde wuchs, die an ihn gemahnte.

Sie hielt das zwar für kindisch, aber es schmeichelte doch ihrer Eitelkeit, und sie erwiderte nichts.

Er war zornig auf sich selbst, daß er seine Gereiztheit nicht zu verbergen vermocht hatte. Als sie aber am Abend nach dem Diner einen Artikel zusammen verfaßten, verwickelte er sich in den Fußsack. Er konnte ihn nicht umdrehen und stieß ihn schließlich mit dem Fuß zurück. Dabei fragte er lachend:

„Charles hatte wohl immer kalte Füße?"

Auch sie lachte, als sie erwiderte: „O, er lebte in beständiger Furcht vor Erkältung; seine Brust war nicht in Ordnung."

„Das hat er ja bewiesen", sagte er roh. Galant aber fügte er hinzu: „Es war mein Glück", und küßte seiner Frau die Hand.

Als sie aber zu Bett gingen, war er den Gedanken noch nicht los geworden und fragte wieder: „Charles trug wohl, um kein Ohrenreißen zu bekommen, eine baumwollene Nachtmütze?"

Sie ging auf den Spaß ein und erwiderte: „Nein, aber er wickelte sich ein halbseidenes Tuch um den Kopf."

George zuckte die Achsel und sprach im Tone des Stärkeren: „So ein Gimpel!"

(Fortsetzung folgt.)

zu Tage gefördert hat, als eine solche unbestimmte Resolution, so wird sie wenig erreichen.

— Eine bemerkenswerthe Ansprache an die Geschworenen hielt der Präsident des Schwurgerichts in Halle, Landgerichtsrath Lebenheim. Der Bericht der „Saale-Zeitung" sagt darüber:

„Die Geschworenen wurden darauf hingewiesen, daß sie bei Ausübung ihres Amtes ganz wie der Berufsrichter mit voller Unparteilichkeit ihrer Pflicht der Rechtsprechung zu walten und sich nicht etwa von einer Voreingenommenheit vielleicht aus politischen Rücksichten leiten zu lassen hätten, daß z. B., wenn der Angeklagte der socialdemokratischen Partei angehöre, dies bei Beurtheilung seiner That durchaus außer Betracht zu bleiben habe und nicht etwa aus jenem Umstande ein Motiv hergeleitet werden dürfe, der Angeklagten Handlungsweise aus anderen als den geltenden rechtlichen Gesichtspunkten zu beurtheilen oder ihn von vornherein als der fraglichen That verdächtig anzusehen. Es würde unrichtig sein, wenn man den Standpunkt einnehmen wolle, gegen Anhänger der socialdemokratischen Partei in gewissen Fällen ein Vorurtheil zu fassen lediglich aus dem Grunde dieser ihrer politischen Richtung, wie es auch ebenso unrichtig sei, sittlich bescholtenen Personen als Angeklagten ohne Weiteres schon wegen des Umstandes der sittlichen Bescholtenheit eine besondere Qualifikation zu einer strafbaren Handlung zuzutrauen. Nach neueren Erfahrungen habe es sich gezeigt, daß es nothwendig erscheine, auf jenen Punkt hinzuweisen."

So bedauernswerth das erscheinen mag, aber es ist in der That so: solche eigentlich selbstverständlichen Grundsätze eines Richters erscheinen im Jubeljahre des neuen deutschen Reiches als etwas sehr Bemerkenswerthes, ja Aufsehenerregendes!

— Der Antrag Kanitz findet bei den schleswig-holsteinischen Bauern nicht den gewünschten Anklang, den der deutsche Bauernbund von diesen erhoffte. Seit Monaten bereisen nacheinander der Wanderprediger Hersurth und der frühere nationalliberale Dr. Hahn die Provinz, um auf dem flachen Lande Propaganda für den harmlosen Antrag Kanitz zu machen, der „nur einen mäßigen Preis für das Getreide" festsetzen will. Aber gleich der Provinzpresse, die immer mehr Stellung gegen den Antrag nimmt, bekommen die Agitatoren auch aus dem Munde der Landwirthe selbst häufig genug zu hören, daß sie sich mit der so warm empfohlenen Kanitzerei nicht befreunden können. Und diese Abneigung ist als eine Frucht der Socialdemokratie zu verzeichnen, welche es sich seit Jahren zur Aufgabe gestellt, Aufklärung unter die Landbevölkerung zu bringen. Somit haben die vielen socialdemokratischen Flugblätter vorläufig wenigstens vielfach den Zweck erreicht, den Bauern zum Denken zu bringen und das kann nur von Vortheil für uns sein.

— Für seinen Pastorensocialismus sucht der Pfarrer Naumann die Lehrer einzufangen. In einem Pestalozzi-Artikel in seiner „Hülfe" schreibt er u. A.:

„Deutsche Lehrer, seht Euch einmal die Bestrebungen der jüngeren „Christlich-Socialen" an! Hier ist eine Richtung, die wie geschaffen ist für Eure thätige Mithilfe. Zwar ist sie noch nicht zur Partei geworden, aber ihre Anhänger wachsen. Alles, was Arbeit heißt, kämpft gegen die Uebermacht von Zins und Rente. Versteht Ihr dies nicht, die Ihr täglich arme kleine Kinder um Euch habt, denen man an den Gesichtern den Zoll ansehen kann, den ihre Väter an den Mammon zahlen? Habt Ihr nicht auch manchmal das Gefühl, daß, wenn nicht ein starker Geist der socialen Reform kommt, die heutigen Kinder sich später einmal vor Haß, Hunger und Wahn gegenseitig zerreißen werden? Es muß geholfen werden, die Staatsmacht muß gezwungen werden, den Weg socialer Reform wieder einzuschlagen, der Oeffentlichkeit muß zugerufen werden: Umkehr oder Verderben! Der deutsche Lehrer aber sollte bei dieser Zukunftsarbeit nicht fehlen; denn Lehrer sind Diener des kommenden Geschlechts."

Das Letztere stimmt. Aber müssen sich darum die Lehrer zu den paar Männlein schlagen, die abseits von der großen Bewegung, die gegen die Uebermacht von Zins und Rente kämpft, ihre eigenen Wege gehen wollen? Mit nichten. Soweit die Lehrer mit dem Volke fühlen, von seinem Elend überzeugt sind und in ihm den schlimmsten Feind gesunder Erziehung sehen, soweit sie consequent denken, werden ihre Sympathien bei der erklärten Partei der Arbeit, der Socialdemokratie sein, und sind dabei.

Oesterreich-Ungarn.

Der Statthalter von Böhmen, Graf Thun, hat sein Entlassungsgesuch eingereicht. Seinem Ansuchen ist Folge gegeben und gleichzeitig Act von der „patriotischen" Bereitwilligkeit des Statthalters genommen worden, bis zum Schlusse der Landtags-Session die Geschäfte fortzuführen; zugleich ist der Statthalter ersucht worden, für diese Zeit in der schwierigen, verantwortlichen Stellung zu verbleiben.

Eine arge Blamage hat die Wiener Staatsanwaltschaft erlitten. Die „Arbeiter-Zeitung" vom 21 Juni 1895 war wegen des Nachrufes, den sie dem Coalitionsministerium widmete, mit Beschlag belegt worden. Gegen diese Confiscation wurde Einspruch erhoben und das Wiener Landesgericht gab in öffentlicher Sitzung dem von Dr. Ingwer vertretenen Einspruche mit der Motivirung Folge, daß der confiscirte Artikel nur dann den Thatbestand des § 300 Str.-G. begründen würde, wenn das Ministerium Windischgrätz noch am Ruder wäre. Nachdem das Ober-Landesgericht der gegen diese Entscheidung gerichteten Beschwerde der Staatsanwaltschaft nicht stattgegeben hatte, begehrte Dr. Ingwer vom Strafgerichte den Ersatz des der „Arbeiter-Zeitung" durch die hinfällig gewordene Confiscation verursachten Schadens. Ueber dieses Begehren entschied das Landgericht am 10. December 1895, daß „aus dem Strafgerichtsdepositenerlage" an die „Arbeiter-Zeitung" eine Schadenersatzsumme von 321 fl. 88 kr. (ca. 535 Mk.) zu zahlen sei. Der Schaden, den die „Arbeiter-Zeitung" durch die ungerechtfertigte Confiscation erlitten hat, ist durch diese Summe natürlich nur zum kleinen Theil ersetzt, immerhin ist das Urtheil ein Denkzettel, den die Staatsanwaltschaft an der schönen blauen Donau um so weniger vergessen wird, als sie ihn im Kampfe mit der rothen Rotte davontrug. Daß in Oesterreich das Recht eine wächserne Nase hat, die 'mal da- und 'mal dorthin gedreht wird, je nachdem es das Klassen- und Cliquen-Interesse erheischt, hat sich aber auch nach diesem Vorfall wieder herausgestellt. Wenn nämlich jetzt das Schwurgericht einen Redacteur von Schuld freispricht, wird die Confiscation der incriminirt gewesenen Nummer seines Blattes trotzdem aufrecht erhalten, damit der geschädigte Blattverleger für das ihm zugefügte Unrecht nicht Schadensersatz beanspruchen kann. Das ist die „Integrität" der österreichischen Justiz! —

Bulgarien.

In Bulgarien kriselt es wieder bedenklich. Das Cabinet Stoilow dürfte seinem Sturze nahe sein. Trotz der mit Stambulows Blute zusammengekitteten „Versöhnungs"politik, trotz des Wettkriechens von Fürst und Pfaffen vor „Väterchen", trotz der Kranzspendenabordnung, kommt es zum Krachen. Der bulgarische „Monarch", Ferdinand mit der langen Nase, geht mittlerweile ins Ausland, wohin, weiß kein Mensch und ob er wiederkommt oder kommen darf, weiß erst recht Niemand. Ein Unglück wärs eben nicht, wenn der „Fürst" dem Lande abhanden käme.

England.

Die eigentlich treibenden Ursachen der Transvaal-Affaire werden allmälig immer deutlicher. Wie recht Krüger hat, den Ueberfall der Bande der Chartered Company eine der schändlichsten Handlungen zu nennen, die je begangen wurden, geht aus einer Mittheilung des englischen „Johannesburg Standard" hervor. Danach hatte die „Chartered Company" die Absicht, falls die Buren ihrem Einfall Widerstand leisteten, die Wilden des Betschuana- und Matabele-Landes gegen sie los zu lassen. Mit deren Hilfe sollte Pretoria erstürmt werden, und mit diesem Ergebniß wollte die Gesellschaft dann vor die englische Regierung treten. Diese Mittheilung eines englischen Blattes enthält die denkbar schlimmste Anklage gegen die Company. Das energische Auftreten der Buren, deren Zuversicht durch die Haltung Deutschlands gestärkt war, hat hiernach Englands Ehre vor einem schweren Makel bewahrt. Die englische Regierung hat in Folge dessen Zeit erhalten, durch entschiedenes Eingreifen den ferneren „Feldzugsplänen" der Company Halt zu gebieten.

Die zahlreichen Verhaftungen von Mitgliedern der mit der Chartered Company in Verbindung getretenen Johannesburger Fronde hat weder den englischen Colonialminister Chamberlain zu einer Intervention bewogen. Mit dem Hinweis darauf, daß durch die vielen Verhaftungen im Randdistrikt die dortige Industrie desorganisirt werden möchte, telegraphirte er an Robinson um Aufklärung, ob die Gefangenen eventuell gegen Bürgschaft freigelassen würden, und welcher Art ihre Bestrafung sein würde.

Wie ferner mitgetheilt wird, werden gegenwärtig beim Colonialminister Chamberlain starke Einflüsse geltend gemacht, um eine allzu eingehende Untersuchung der Geschichte der Chartered Company zu verhüten. Cecil Rhodes hat bei der Gründung der Gesellschaft und zur sogenannten moralischen Unterstützung seiner Unternehmungen in London stark mit Geld gearbeitet, und man befürchtet, eine eingehende Untersuchung in die Vorgeschichte seiner Gründungen könne der erstaunten Welt ein Londoner Panama enthüllen, gegen das die Pariser Scandale ein Kinderspiel sein würden. In den Wandelgängen des Parlaments wurden bereits Listen der an der Chartered Company finanziell engagirten Abgeordneten ausgehängt, um der Regierung die Zusammensetzung eines uninteressirten Untersuchungsausschusses zu ermöglichen. Labouchere will die Scandale gleich zu Beginn der Parlamentstagung zur Sprache bringen, weshalb Chamberlain von den interessirten Kreisen aufgefordert wird, den Untersuchungsausschuß sofort zu ernennen und seine Aufgabe ausschließlich auf Aburtheilung Jameson's zu beschränken. Es ist wenig Aussicht vorhanden, daß der Freibrief der schwer compromittirten Chartered Company entzogen wird.

Frankreich.

Die allgemeine Volksschule und der einheitliche Ausbau des Schulwesens sollen demnächst in Frankreich — welch' „wildes Land!" — grundsätzlich zur Durchführung gebracht werden. Im Unterrichtsministerium ist — wie man der „V. Ztg." schreibt — neuerdings ein Gesetzentwurf ausgearbeitet worden, der jetzt dem höchsten Unterrichtsrath vorliegt und der nach der Meinung der maßgebenden Kreise der Annahme sicher ist und voraussichtlich schon zu Ostern d. J. zur Ausführung gelangen dürfte. Nach diesem Entwurf sollen alle Kinder des Volkes bis zum 13. oder 14. Lebensjahre einen gemeinsamen Unterricht ohne Fremdsprachen erhalten. Dann tritt eine Theilung ein: Die Einen lernen Latein und Griechisch, die Anderen zwei neue Sprachen. Der Unterricht in Geschichte, Geographie, Literatur u. s. w. ist gemeinsam. Das am Schluß des Curius vor einem Regierungscommissar abzulegende Examen tritt an Stelle der bisherigen Baccalaureatsprüfung. Das Zeugniß der beiden Abtheilungen ist gleichwerthig für die höheren Studien. Nur Diejenigen, die sich dem philologischen Fache widmen wollen, müssen das Examen in den alten Sprachen ablegen. Also auch in der Frage der allgemeinen Volksschule wird Frankreich uns vorangehen. So setzt Frankreich die Scharten von 1870/71 durch friedliche Culturentwicklung aus.

Gerichtliches.

Patriotismus ist mit derunter Umstand. Wir lasen vor Kurzem in einem Witzblatte folgende Anekdote: Richter: „Angeklagter, haben Sie für sich noch einen mildernden Umstand anzuführen?" Angeklagter (alter Zuchthäusler): „Ich bin nicht Socialdemokrat!" — An obiges Scherzchen wurden wir lebhaft durch eine Verhandlung vor dem Königsberger Schöffengericht am 7. d. M. erinnert. Der Schlosser G. war angeklagt wegen Hausfriedensbruch und Körperverletzung. Folgender Thatbestand lag der Sache zu Grunde. Der Seiler D. lag am Sonntag, 1. September v. J., ruhig auf dem Sopha in seiner Wohnung, als der angeklagte Schlosser G. in etwas animirter Stimmung ins Zimmer drang und D. mit einem wuchtigen Stock einen Hieb versetzte. Aufgefordert, die Wohnung zu verlassen, leistete er nicht Folge und konnte erst mit Hilfe eines zufällig anwesenden Tapezierers unter Anwendung von Gewalt aus der Wohnung entfernt werden. Dieser Thatbestand wurde in der Verhandlung als erwiesen angesehen und der Angeklagte wegen Hausfriedensbruch zu 10 Mark oder zwei Tagen Haft und wegen Körperverletzung mit einem gefährlichen Gegenstande zu 15 Mark oder drei Tagen Haft verurtheilt. In der Begründung wurde vom Vorsitzenden als mildernder Umstand hervorgehoben, daß der Angeklagte als guter Patriot in Anbetracht des Sedantages in freudiger Feststimmung gewesen sei. — Uns schwebt da ein Fall vor, wie vor circa zwei Jahren mehrere Genossen, die auf dem Lande Flugblätter verbreiteten, wegen Hausfriedensbruch auf der Landstraße zu acht und zehn Tagen Gefängniß verurtheilt wurden. Allerdings war damals auch kein patriotischer Festtag in der Nähe, somit fehlte auch jede Feststimmung.

Die „erpreßten Arbeitergroschen." Vor Kurzem hatte die Seehäuser „Warte" gegen unseren Genossen Baumüller in Magdeburg die Behauptung geschleudert: er lebe von „erpreßten" Arbeitergroschen herrlich und in Freuden. Das schrieb die „Warte", trotzdem der Herr Redacteur Kaack — nach Aussage seines Vertheidigers — weder Baumüller noch dessen finanziellen Verhältnisse kannte. Um zu sehen, wie und ob Herr Kaack jene Beleidigung und unwahre Angabe vertreten konnte, strengte Baumüller Privatklage an. In der ersten Instanz vor dem Schöffengericht Seehausen wurde Herr Kaack freigesprochen, B. zur Tragung der Kosten verpflichtet. Hiergegen Berufung eingelegt, fand am Freitag Termin vor dem Landgericht statt. Kaack wurde zu 20 Mk. Geldstrafe, event. 2 Tagen Haft und zur Tragung der Gesammtkosten verurtheilt. Den Beweis, daß B. von „erpreßten" Arbeitergroschen lebe, konnte K. nicht antreten.

Nahrungsmittelverfälschung en gros. Wegen Nahrungsmittelverfälschung wurde vom Landgericht Leipzig der Inhaber der Firma Röthling u. Comp., Landesproducten und Colonialwaaren en gros, Kaufmann Traugott Franz Oskar Röthing, zu einem Monat Gefängniß und 1500 Mk. Geldstrafe, eventuell weiteren 100 Tagen Gefängniß, verurtheilt. Röthing hat nach der Beweisaufnahme von Ostern 1886 bis zum November 1895 folgende Gewürze verfälscht: Pfeffer mit 8—10 pCt. Stielen, 10 bis 12 pCt. entölten Anis, Palmkerne, Mohnölkuchen, gestoßene Linsen und Frankfurter Schwarz (Ruß); Nelken mit 33⅓ pCt. entölten Nelken und Nelkenstielen, Zimmt mit Abfällen von geringerem Zimmt, Zucker und Citronenschalen; Saffran, der 80 Mk. pro Kilo kostet, mit 30 pCt. Safflor — wildem Saffran — und gelbem Ocker; Ingwer mit 50 pCt. entöltem Ingwer; Piment oder Neue Würze mit 25 pCt. entölten Wachholderbeeren und Nelkenstielen, Muskatblüthe mit werthlosen Bombayblüthen, Zwieback mit Pantermehl. Diese Gewürze wurden im gemahlenen Zustande verkauft. Korriander, Anis, Kümmel und Fenchelkörner hat er durch Zusatz von entölten Gewürzen gleicher Gattung gefälscht. 1890 oder 1891 hat er aus alten Birnen, Pflaumen und Feigen Pflaumenmus hergestellt; da dies röthlich aussah, wurde es mit Ruß geschwärzt und als prima türkisches Pflaumenmus verkauft, das Publikum blieb selbstverständlich hierüber im Unklaren. Röthing entschuldigt sich damit, daß er nur das gethan habe, was in allen Geschäften gleicher Branche gethan werde. Die Verurtheilung erfolgte nur für die in den letzten fünf Jahren verübten Fälschungen, weil die vor dieser Zeit verübten Fälschungen verjährt waren.

Die weibliche Criminalistin, deren sich die Berliner Criminalpolizei zur Ermittlung in sogenannten „rothen Sachen", d. h. hauptsächlich Verbrechen wider keimendes Leben, bedient, und die auch im Castan-Proceß eine bedeutende Rolle spielt, hatte sich vor dem Schöffengericht wegen Diebstahls zu verantworten. Fräulein Helene Düring ist, wie sie selbst angab, Polizei-Vigilantin und es ist bekannt, daß sie der Polizei bei Ermittlung in den oben bezeichneten Sachen ganz hervorragende Dienste geleistet hat. Fast in allen den Processen wegen Verbrechens gegen keimendes Leben ist ihr die Ueberführung der Schuldigen gelungen. Sie weiß aber ihre Dienste ebenso gut den Vertheidigern zu widmen und wird von den bekanntesten Rechtsanwälten ebenso als Vigilantin benutzt wie von der Polizei selbst. Die Einnahmen der Düring sind daher auch so erheblich, daß sie sich und ihren Vater recht anständig zu ernähren vermag. Der Diebstahl, welcher der geschickten Vigilantin zur Last gelegt wurde, ist auch keineswegs aus schnöder Gewinnsucht begangen, sondern die Angeklagte hat ihn in einer Art Delirium begangen. Sie hatte eines Abends in einem Local, wo sie schon seit langer Zeit regelmäßig verkehrt, mit ihrem „Verhältniß" und dem Buchdrucker Kossakowic zusammengesessen, und ein vergnügtes Spielchen gemacht. Die Düring war ziemlich stark betrunken, so daß sie in ihrem Uebermuth sogar ohne jede Veranlassung über den Tisch sprang. In dieser Stimmung entwendete sie dem Kossakowic das Portemonnaie mit 7 Mark Inhalt. Kossakowic bemerkte den Verlust erst, nachdem die Düring sich entfernt hatte, und erstattete auch sofort Anzeige. Die Düring hatte am folgenden Morgen nur noch das Geld; das Portemonnaie war verschwunden. Wie die Düring behauptet, stand sie als Kossakowic mit einem Criminalbeamten bei ihr erschien, bereits im Begriff, zu dem Bestohlenen zu gehen. Den Diebstahl habe sie nicht mit Bewußtsein ausgeführt; sie wisse ja auch als Vigilantin genau, was auf eine solche That für Strafe stehe. Das Amtsgericht war zwar geneigt, den Diebstahl für eine sogenannte „besoffene Geschichte" zu halten, aber da die Angeklagte immerhin nicht sinnlos betrunken gewesen war, mußte sie bestraft werden. Das Urtheil lautete auf die niedrigste Strafe von einem Tag Gefängniß. Der Vorsitzende gab der Angeklagten den Rath, die Gnade des Monarchen anzurufen.

Vermischtes.

Wie Briefe verschwinden. Daß auch bei der Reichspost Briefe, Postkarten und sogar Post-Anweisungen abhanden kommen, zeigt folgendes Vorkommniß. Der Händler C. Strumpen aus Barmen hatte von dem Hauptpostamte Elberfeld Maculaturpapier gekauft. In den letztvergangenen Tagen begann er mit der Sortirung des Papiers und fand dabei zu seiner großen Ueberraschung mehrere völlig unversehrte Briefe an bekannte Adressen in Elberfeld. Natürlich schenkte er dem Abfallpapier nun noch größere Beachtung, in Folge deren dann noch mehrere andere Briefe und schließlich sogar auch zwei Post-Anweisungen mit vollständiger Adresse, im Ganzen etwa 30 verschiedene Postsendungen, an's Tageslicht befördert wurden. Dabei ist bis jetzt erst ein kleiner Theil der Maculatur durchgesehen worden. Sämmtliche Sendungen sind im November und December aufgegeben worden. Pflicht der Postbehörde wird es sein, eine öffentliche Aufklärung darüber zu geben, wie solche Unregelmäßigkeiten überhaupt möglich sind.

Ein überraschender Fund wurde zu Gotha in der Wohnung eines an einem Diebstahl betheiligten Mannes gemacht. Bei der Haussuchung fiel dem Beamten ein Bündel alte Kleidungsstücke in die Hände, in dem sich 30 Sparkassenbücher vorfanden, von

leben jedes auf die Summe von 1300 Mark lautete; außerdem befand sich noch ein Schuldbrief der Landescreditkasse für das Fideicommiß Gotha dabei, der gleichfalls auf mehrere Hundert Mark lautete. Sämmtliche Bücher waren mit dem Namen der Ehefrau beschrieben. Der Mann hatte keine Ahnung von dem Reichthum seiner Frau. Der Gesammtwerth der Bücher beträgt 42,900 Mk.; hierzu ist noch der Zinsabwurf aus den letzten fünf Jahren zu rechnen, da die Bücher eine Zuschreibung seit jener Zeit nicht mehr erhalten haben.

„Die weeß ja noch nischt!" Ein niedliches Geschichtchen erzählt man der „Frankf. Ztg." aus Thüringen. Im Orte Treben ging im letzten Herbste eine Frau auf das Feld, um Rüben auszuziehen. Auf einem Theile des Weges begleitete sie ihr sechs Jahre alter Sohn, der sich in die Schule begab. Während die Frau auf dem Felde thätig war, fühlte sie, daß ihre schwere Stunde herannahe, und begab sich schleunigst nach Hause, wo sie einem Mädchen das Leben gab. Als der Sohn Mittags aus der Schule heimkehrte, wurde er im Hausflur vom Vater empfangen, der ihm eine große Butterstulle reichte und ihm mittheilte, daß er ein Schwesterchen bekommen habe. Freudestrahlend lief der Knabe zu seiner in dem Orte wohnenden Tante und berichtete ihr das frohe Ereigniß. „Da hat sich die Mutter wohl sehr gefreut, meinte die Tante. „Ach", antwortete der Knabe, „die weeß ja noch nischt, die is ja auf dem Feld und macht Rüben aus."

Deutscher Reichstag.

(Original-Bericht der „Volkswacht".)

17. Sitzung vom 16. Januar 1896 — 1 Uhr.

Präsident von Buol eröffnet die Sitzung.

Am Bundesrathstische: von Marschall, von Hammerstein-Loxten, von Boetticher.

Zur Berathung steht der Antrag Kanitz auf Verstaatlichung des Getreidehandels.

Abg. Graf Kanitz (Podangen) begründet den Antrag, um dessen Annahme er schon zum dritten Male bitte. Die Regierung habe den Antrag bekämpft, innerlich aber nichts sehnlicher gewünscht, als daß die Getreidepreise von selbst steigen möchten. Zwei Minister hätten ihm versichert, daß eine Steigerung der Getreidepreise eintreten würde, er habe allen diesen Versicherungen skeptisch gegenübergestanden und Recht behalten. Die Getreidepreise hätten einen auf die Dauer unmöglichen Tiefstand behalten auf dem deutschen Markt durch die übermäßige Einfuhr ausländischen Getreides. Das wichtigste Product der deutschen Landwirthschaft könne nur mit Verlust hergestellt werden. Dieser Zustand könne wohl eine Weile fortdauern, muß aber früher oder später zum Ruin der Landwirthschaft führen. Solle nun die Landwirthschaft zu Grunde gehen? Die übergroße Mehrheit der Bevölkerung stehe einmüthig zusammen in dem Verlangen, die Landwirthschaft nicht zu Grunde gehen zu lassen. Die Nothlage der Landwirthschaft werde selbst in den Berichten der meisten Handelskammern zugestanden. Der Antrag sei diesmal in etwas veränderter Form eingebracht worden, aber der Tendenz des Antrags sei kein Eintrag geschehen. Durch einen Zusatz ist die Frage aufgeworfen, ob es möglich sei, eine Preisgrenze zu finden, die den berechtigten Forderungen der Landwirthschaft gleicher Weise wie denen der Consumenten Rechnung trägt. Ist es nicht möglich, dann gäbe man den Getreidebau auf, ich glaube aber es ist noch möglich, denn es ist ganz klar, die Differenz zwischen Getreide- und Brotpreisen ist eine sehr große und der Brotpreis ist lange nicht so tief gefallen wie der Getreidepreis. Das Gespenst der Brotvertheuerung ist in unserm Antrage nicht begründet. Unser Antrag ist in Widerspruch mit den Handelsverträgen gebracht worden. Er widerspricht jedenfalls dem Wortlaut der Handelsverträge nicht, auch gegen die Vertragstreue läuft der Antrag nicht Sturm. Die Einfuhr aus Oesterreich hat abgenommen, die Einfuhr aus Argentinien aber immens zugenommen. Ich glaube, die Vertragsstaaten würden sich auf Unterhandlungen mit der Regierung einlassen. Der rheinische Bauernbund hat schon das Monopol für Getreide vorgeschlagen, ich möchte unserm Antrage auf Verstaatlichung der Getreide-Einfuhr den Vorzug geben, er ist leichter durchzuführen. Man hat dem Antrage eine socialistische Tendenz untergeschoben, auch die Mitglieder der socialdemokratischen Partei in der Commission haben ihn socialistisch genannt. Warum haben sie aber dann nicht dafür gestimmt? Weil sie wissen, daß es nichts antisocialistischeres giebt als unsern Antrag. In Breslau auf

(Fortsetzung in der Beilage.)

Stadt-Theater.
Freitag: Festvorstellung zur „Feier d. 25jährigen Gedenktages der Wiedererrichtung des deutschen Reiches"
Sonnabend: „Walküre".

Lobe-Theater.
Freitag: „Der Nabenbauer" „Tata-Toto".
Sonnabend: Zum ersten Male: „Komische Kinder".

Victoria-Theater.
(Sommerset-Saal).
Budapester Possen-Theater.
Anfang des Concerts 7 Uhr, der Vorstellung 7½ Uhr.

„Harmonie",
Sitzlaichkraft 37.
Täglich:
Große Künstler-Vorstellung.
Anfang 8 Uhr.

Trauerhüte
in größter Auswahl zu bekannt billigen Preisen
M. Tichauer,
Reuschestraße 47
part. u. 1. Etage. 537

Franz Bregulla,
Breslau, Matthiasstr. 22.
empfiehlt zur gefälligen Beachtung sein neueröffnetes
Cigarren-, Wein-, Agenturen- und Commissions-Geschäft.

!Brot!
groß u. schmackhaft, sowie Fein- und Weißwaaren 3865 liefern die Bäcker den
Paul Zorowka,
65, Kurzegasse 65.

Contrel-Marken-Hüte
werden billigst und billigsten nur in der
Hut-Fabrik
Schmiedebrücke
19
neben der Brauerei „zum Fuchsbau".
545

57 57 57 57 57 57 57 57 57

Herren-Garderobe.

Complette Anzüge in allen Stoffarten und nur reeller Ausführung empfehle ich **billiger als Ueberall.**

Eduard Freund,
Reuschestr. 57, Ecke Hinterhäuser.

532

Sonntag, den 19. Januar, Mittags 11½ Uhr,
im großen Saale des „Tivoli", Neuderstraße 35:

Große öffentliche Communal-Wähler-Versammlung.

Tagesordnung: 1. „Der Kampf ums Bürgerrecht." 2. Diskussion.

Entrée 10 Pfg. Der Einberufer: **A. Bergmann.**

Achtung!
Arbeitslose Genossen, welche am 22. d. Mts. bei den Gewerbegerichtswahlen thätig sein wollen, werden ersucht, sich am **Sonntag Vormittag 9 Uhr** in den „3 Tauben" zu melden.
Petzold.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
(Section der Klempner)
Sonnabend, den 18. Januar 1896, Abends 8 Uhr:
Mitglieder-Versammlung
im Vereinslokal Zabel's Restaurant, Kleine Groschenstraße 15.
Tagesordnung wird in der Versammlung bekannt gegeben.
Zahlreichen Besuch erwartet **Die Ortsverwaltung.**

Striegau. Arbeiter-Verein.
Sonntag, d. 19 Januar, Nachmittags 3 Uhr: **Versammlung** im Hotel Gebauer „zur Eiche".
Tagesordnung: 1. „Zucker und Zuckerkämmer", Vortrag des Genossen Julius Brunne-Breslau. 2. Discussion. 3. Verschiedenes. 4. Fragekasten.
Bemerkenswerthe und Aufnahme neuer Mitglieder finden während und nach der Versammlung statt. Gäste sind herzlich eingeladen. Um zahlreiches Erscheinen ersucht **Der Vorstand.**

Paul Quill, Schuhmachermeister
Friedrich-Wilhelmstraße Nr. 1.
Empfehle mein großes Lager selbstgefertigter
dauerhafter Schuhwaaren
für Herren, Damen und Kinder.
Herren-Gamaschen 5,50 Mk. Damen-Gamaschen 3 Mk. Mädchen-Gamaschen 2,75 Mk. Kinderstiefel pr. Paar v. 50 Pf. an.

Roggenhausbackmehl
Weizenmehl 00, Kaiserauszugmehl, Kaiserkrone, prima und reinschmeckende
Hülsenfrüchte und Gegräupe
empfiehlt billigst 527
A. Mutzke, Pöpelwitz 46.

Cigarren
5 Pf. an zu Sonntag und jeder Tageszeit: 4 Stück 10 Pf. 5 Stück 10 Pf. etc. empfiehlt
Max Skladny, Breslau
Höfchenstraße 25, Ecke Friedrichstraße.
Lange Polska. 436

Der Ausverkauf
des **Bruno Lomnitz**'schen
Concurs-Waaren-Lagers
findet verfänglich im bisherigen Geschäftslocale.
Carlsplatz 6,
hart.
555

Schuhwaaren, nur beste eigene Handarb. äußerst dauerhaft, warm und wasserdicht. **Herren-Gamaschen,** sehr reell, wasserdicht doppelsohlig, genagelt u. geschraubt v. Mk. 7,50 an. Damen-Gamaschen auf Hand, vorzügliche Winterstiefel starke Sohle v. Mk. 5,50 an, dieselben in Tuch mit Lederbesatz, Schnür-, Knopf- oder Zugstiefel von Mk. 6,50 an.
Kinder-Knopf- und Schnürstiefel, warm gefüttert von Mk. 1,25 an. Herren-Tuchschuhe mit Hanfsohlbutter Lederf. und Besatz von Mk. 2,00 an. Große Auswahl in Hausschuhen, Filzstiefel, Hummacher-Filzschuhe 1,00 Mk., Gummischuhe von 2,00 Mk. an
Turnschuhe mit Leder- und Gummisohle. 4034
Ludwig Herz.
Blücherplatz No. 4, neben der Mohren-Apotheke

Ein gutes Mittel bei 510
Husten und Heiserkeit
und allen Hals- u. Brustkrankheiten sind **Schlossarek's Eukalyptus-Bonbons**
mit Eucalyptus-Geschmack bereitet. Sie beseitigen üblen Geruch und erfrischen den Mund und wirken sehr erfrischend.
Zu haben in Dosen à 40 Pfg., in Beuteln à 20 Pfg. beim Erfinder Herrn Theodor Schlossarek, Breslau, Moritzstraße 10, Filiale I Kaiserstraße 2, Filiale II Ring 32 Rathhaus-Passage, Conditor E. Stein, Kaiserstraße 37, E. Gro s, Ohlauerstraße 42, Friedr. Feikmann, Kaiser Wilhelmstraße 11, A. Nagel, Friedrich-Wilhelmstr. 2 u. Grabischstraße 17.

Neustadt O/S.
Arbeiterbildungsverein.
Sonntag, den 19. Januar 1896, Nachmittags 4 Uhr im Vereinslokal:
General-Versammlung.
Tages-Ordnung:
I. Rechnungslegung.
II. Bericht des Vorstandes.
Um zahlreiches Erscheinen ersucht **Der Vorstand**

Brieg.
Parteigenossen!
Am Sonntag, den 19. d. Mts. nachmittags 3 Uhr: Versammlung im Parteilokal. Sollte dies Lokal, wegen vorgelegter Bedürfnisse, nicht ausreichen, können Freitag Abend allen Genossen zum Zweck eine **gemüthliche Zusammenkunft** stattfinden.

C. Nowack,
9. Mariannenstraße 9
empfiehlt ein Barbier-, Friseur- und Herrenkurzwaaren-Geschäft
unter gewissenhafter Bedienung. 417

Farin
bester weißer à Pfd. 23 Pf.
Vorzgl. Kindermehl frisch gebrannt Fachlader Mischung à Pfd. Mk. 1,60, andere Sorten billigst.
Interessant erleichtert täglich v. köstlichen Geschmack per ½ Pfd 1,40 Mk.
Bestes rel. Backobst „ 25 Pf.
Getrockn. Pflaumen „ 20 „
Feinste Aepfelringe „ 45 „
Aprikosen „ 35 „
Weißen Pflaumenmus „ 20 „
Beste Kocherbsen, Linsen, Grütze, per Pfd. v. 10 Pf. an
Vorzgl. Braunschw. Stangenspargel per Pfd. Büchse 65 Pf.
Ia Schnittspargel „ „ 55 „
Feinste Gartenschnittbohnen pr 2 Pfd Büchse 35 Pf.
Großes Landbrot per Stück 28 „
Bestes Schweineschmalz Pfd. 50 „
Feinste Tafelmargarine „ 65 „
Rum, Cognac, feine Liqueure empfiehlt und versendet
E. Adamy, Matthiasstraße 2, Saltzstraße 1.

Vereins-Kalender

Breslau.

Ortsverein der Glacehandschuhmacher. Sonnabend, den 18. Januar, Abends 8 Uhr: Versammlung der Mitglieder bei Friedrich. Tagesordnung: Wahl des Vorsitzenden des Verbands-Ausschusses.

Sonnabend, den 18. Januar:
Metallarbeiter-Verband (Zahlstelle Breslau [Schlosser]). Abends von 8—10 Uhr: Kassenabend, Umtauschen der Bibliotheksbücher und Aufnahme neuer Mitglieder im Local „Merkur" Schuhbrücke Nr. 42.

Deutscher Metallarbeiter-Verband (Section Klempner). Zahlabend. Den letzten Sonnabend im Monat: Mitgl.-Versammlung.

Central-Kranken- und Sterbekasse der Tischler u. anderer gewerblicher Arbeiter (Hamburg). Abends 8 Uhr: Kassenabend und Aufnahme neuer Mitglieder im Heider's Brauerei, Herrenstraße 19 (Ecke Engelsburg).

Central-Kranken- und Sterbe-Kasse der Tabakarbeiter Deutschlands (E. H.) Abends von 8—10 Uhr: Kassenabend in Edlich's Brauerei, Neumarkt 8. Aufnahme neuer Mitglieder.

Allgemeine Kranken- u. Sterbe-Kasse der deutschen Drechsler und der verwandter Berufsgenossen. (E. H. 56, Hamburg) Abends von 8—10 Uhr Kassenabend in Leupold's Restaurant Hummerei Nr. 32.

Verein Deutscher Cigarren-Sortirer. Zahlstelle Breslau.) Kassenabend von 8—10 Uhr bei Herrn Völkel, Hinterhäuser 26.

Verband der Buchbinder ꝛc (Zahlstelle Breslau.) Mitglieder-Versammlung und Zahlabend im Vereinslocal „Hotel zu den drei Bergen," Büttnerstraße 33. — Gäste stets willkommen.

Allgem. Kranken- u. Sterbekasse der Metallarbeiter. (E. H. 29) Abends von 8—10 Uhr und jeden Sonntag nach dem 15. jeden Monats von 12—2 Uhr Kassentag im „goldnen Hecht", Reuschestraße 65. — Aufnahme neuer Mitglieder.

Localverband deutscher Zimmerer. Breslau. Abends von 8—10 Uhr: Kassenabend des Verbandes der Zimmerer Breslau's, sowie Zahlabend der Centralkrankenkasse im „Grünen Hirsch", Oderstraße Nr. 3. — Aufnahme neuer Mitglieder.

Verband deutscher Gold- und Silberarbeiter und verw. Berufsgenossen. — (Zahlstelle Breslau.) — Abends 8 Uhr: Vereins- und Kassenabend in Rüfers Lokal, Lehmdamm 28. — Aufnahme neuer Mitglieder.

Verband der Sattler, Tapezierer und Berufsgenossen. Die Mitglieder-Versammlungen finden Sonnabends nach dem 1. und 15. jeden Monats im „Grünen Berges", Kupferschmiedestraße 29 statt. — Arbeitsnachweis täglich von 8—9 Uhr Abends.

Unterstützungsverein für alle in der Hut- und Filzwaaren-Industrie beschäftigten Arbeiter u. Arbeiterinnen (Filiale Breslau). Kassenabend Abends v. 8—10 Uhr im „rothen Löwen", Kupferschmiedestraße 21. — Aufnahme neuer Mitglieder.

Verein deutscher Schuhmacher (Zahlstelle Nr. II.) Abds. 8 Uhr in Berg's Restaurant, Bismarckstr. 32.

Verantwortlich gemäß § 7 des Preßgesetzes: A. Bratung; für den Inseratentheil: E. Zahn. — Redaktion und Expedition: Neue Graupenstraße 5,6; — Verlag von O. Schütz & Co. Druck von R. Schütz, — sämmtlich in Breslau. — Leipzigerstr. Breslau.

Beilage zu Nr. 14 der „Volkswacht“.

Freitag, den 17. Januar 1896.

(Fortsetzung aus dem Hauptblatt.)

dem Parteitage ist gesagt worden: der Bauer muß erst ruinirt werden, ehe er zu uns kommt. Die Socialdemokraten wissen, daß der Ruin ohne unsern Antrag eintreten kann. (Bravo rechts.) Ich hoffe, daß das Centrum sich dem Antrage jetzt wohlwollender gegenüberstellen wird. Ich werde in dieser Hoffnung bestärkt durch die neuliche Rede des Abg. Bachem zum Margarinegesetz, in der er vollstes Verständniß für die Nothlage des Bauernstandes bewiesen hat. Herr Bachem weiß auch, daß die Bauern des Rheinlands für den Antrag eintreten. Meine Herren! Vertrauen Sie doch auf die Intelligenz des Bauernstandes. Ich richte an die Regierung die Bitte, Umschau im Lande zu halten und zu sehen, welche Verheerung in der Landwirthschaft eingetreten ist. Wir brauchen nicht Worte, sondern Thaten. Eine Regierung, die das nicht einsieht, nimmt die schwerste Verantwortung auf sich. So kann es nicht mehr weiter gehen. (Lebhafter Beifall rechts.)

Staatssecretär Frhr. v. Marschall: Meine Legitimation zur sofortigen Beantwortung des Antragstellers liegt darin, daß sein Antrag weit über den Rahmen einer nationalen wirthschaftlichen Fürsorge hinausgreift (Bravo! links) und im Auslande Befürchtungen und Mißtrauen (Große Unruhe rechts. Lebh. Zustimmung links) hervorrufen muß. Ich werde nur die handelspolitische Seite der Frage behandeln. Unstreitbar ist ein gewisser Nothstand der Landwirthschaft. (Unruhe rechts). Daß überall Nothlage herrscht, bestreite ich. (Widerspruch rechts. Lebhafter Beifall links). Die Regierung ist nach wie vor entschlossen, alles zu thun, was sich dagegen nur thun läßt. Daß es sich dabei um Thaten und nicht um Worte handelt, beweisen die Regierungsanträge zum Schutz der Landwirthschaft. (Widerspruch rechts). Die Ursachen der Nothlage der Landwirthschaft liegen in erster Linie in der Verschuldung des Grundbesitzes. (Widerspruch rechts). Gewiß wird auch der Niedergang der Getreidepreise auf die Nothlage der Landwirthschaft einwirken. Aber dieser Niedergang ist nicht durch eine enorme Steigerung der Getreideeinfuhr herbeigeführt. Der Vorredner that so, als wäre der Niedergang der Preise durch die Handelsverträge herbeigeführt. Ist das denn wahr? Wie wirkt der Zoll auf den Getreidepreis? Es ist merkwürdig, daß die Herren, die früher behaupteten, der Zoll werde nur vom Ausland getragen, jetzt das Gegentheil behaupten. (Große Heiterkeit links). In Wirklichkeit hängt die Wirksamkeit des Zolls auf den Getreidepreis von der allgemeinen Conjunctur ab. Hätten wir den Fünfmarkzoll, so würden wir denselben Getreidepreis haben wie jetzt, das beweisen die französischen Getreidepreise trotz des dortigen Hochzolls. Für unmöglich erachte ich die Erhöhung der deutschen Getreidezölle auf 10 oder 15 Mark. Hätten wir keine Handelsverträge, so hätten wir durch Verminderung unserer Ausfuhr nur eine weitere Ursache für die Nothlage der Landwirthschaft und zwar die verminderte Kaufkraft des deutschen Volkes! (Lebhafter Beifall links. Heftiger Widerspruch rechts). Im vorigen Jahre haben sich die Verhältnisse der großen und kleinen Industrie wesentlich gehoben. Die Regierung hat die Urtheile der Handelskammern darüber durchaus nicht beeinflußt, wie der Vorredner behauptete. Graf Kanitz hat ein ganzes Zoll- und Wirthschaftssystem hier entwickelt und in der ihm eigenen sachlichen Weise begründet. Im Lande geht im Kreise der Freunde des Grafen Kanitz eine minder sachliche Begründung herum, die sich in minder urbanen Formen bewegt. (Heiterkeit links.) Wer nicht für den Antrag Kanitz ist, gilt da als Manchestermann, als wenn es zwischen Cobden und Kanitz keine mittlere Linie gebe. Nach meiner Ansicht ist es die erste Sorge des Staates, daß der deutschen Arbeit der deutsche Markt gehört. (Ruf rechts: Donnerwetter ja!) Daneben aber darf nicht die deutsche Ausfuhr vernachlässigt werden, die auch deutsche Arbeit ist und die zeigt, was deutscher Fleiß, deutsche Intelligenz vermag. (Beifall links.) Die Meistbegünstigungsklausel ist gewiß unvollkommen, aber sie ist das einzige Mittel eines friedlichen Ausgleichs zwischen den Nationen. Hat doch Fürst Bismarck im Frieden von 71 einen unkündbaren Meistbegünstigungsvertrag mit Frankreich geschlossen. Ich bekämpfe den Antrag Kanitz als praktisch undurchführbar und als äußerst bedenklich vom socialpolitischen Standpunkt aus. Die neue Form des Antrags Kanitz enthält gewiß manche Verbesserungen gegen den alten, aber in der Grundlage ist er sich gleich geblieben. Der Geist und Wortlaut unserer Handelsverträge bleibt dagegen. Eine Revision der Verträge, wie Graf Kanitz sie vorschlägt, ist unmöglich. Die Vertragsstaaten werden sich die dreifache Erhöhung des Zolles, wie sie der Antrag Kanitz mit sich führen würde, nicht gefallen lassen. Das ist keine Revision, das ist die Negation der Verträge. Der Antrag Kanitz steht mit dem Begriff eines Handelsvertrages überhaupt im Widerspruch. (Sehr wahr, links.) Die eigene Waare soll concurriren können mit der Waare, die im Inlande des anderen Staates producirt werde, das ist der Sinn jedes Handelsvertrages. Damit ist das Theilmonopol, das der Antrag Kanitz für ausländisches Getreide vorschlägt, unvereinbar. Entspricht es der Würde eines großen, unabhängigen Staates, (Rufe rechts: Ach! ach!) daß er sich vertragsmäßig bindet, seinen Getreide-Bedarf nur von bestimmten fremden Staaten zu decken, Der Antrag Kanitz ist juristisch erst dann durchzuführen, wenn keine Handelsverträge vorliegen. Solange Deutschland seinen Bedarf an Getreide zu einem Zehntel vom Auslande beziehen darf, wird das Reich in der That, das will ich zugeben, einen Einfluß auf den Inlandspreis ausüben können. Die Monopolisirung des Handels mit auswärtigem Getreide legt dem Reiche eine Aufgabe zu, die jetzt von 100,000 Personen gelöst wird. Die Reichsgetreideverwaltung muß die Fähigkeit haben, den Ausfall der inländischen Ernte in Qualität und Quantität vorauszuahnen. Jeder Irrthum würde Erbitterung und Unruhe erzeugen. In die Landwirthschaft selbst würde in Folge der Concurrenz der Bauern untereinander nur Streit und Zank entstehen. Dagegen würde nur das ganze Monopol helfen. (Sehr wahr rechts.) Dann würde aber auch dem deutschen Bauern klarer Wein eingeschenkt werden. Dann darf er nicht mehr über sein Eigenthum frei verfügen, dann wird der Getreidebau contingentirt, dann muß ein Heer von Beamten zu seiner Controlle aufgeboten werden, alles Maßregeln, die dem deutschen Bauern die verhaßtesten sind. (Beifall links, Unruhe rechts.) Wenn das dem deutschen Bauern gesagt würde, dann wäre es mit der agitatorischen Wirkung des Antrages Kanitz vorbei. Denn das wäre ein Stoß ins Herz des deutschen Bauernstandes. (Unruhe rechts.) Was könnte man dann noch gegen den Normalarbeitstag und gegen Normallöhne sagen, wenn sie von den Leuten verlangt würden, die nichts als ihre Arbeitskraft haben? Der Antrag Kanitz würde nur einigen potenten Existenzen zu Gute kommen. Entweder muß man also den Grundgedanken des Antrags Kanitz auf die gesammte Production anwenden, oder ihn fallen lassen. Man hat behauptet, daß nach Annahme des Antrages Kanitz die Arbeitslöhne steigen würden. Wie aber, wenn der Strom von Glück ausbleibt, der sich dann von der Landwirthschaft aus erstrecken soll über alle Klassen? Er würde unter allgemeiner Erbitterung beseitigt werden. Das große Mittel des Grafen Kanitz würde nur der Socialdemokratie zu Gute kommen. Dem Programm der großen Mittel stelle ich das Programm der kleinen Mittel gegenüber. Bei diesem Programm hat die Landwirthschaft auf die Unterstützung aller Klassen der Gesellschaft zu rechnen. Je mehr die Landwirthschaft Vertrauen zur Regierung hat, je mehr sie den Blick auf das große Ganze richtet, je mehr sie, wie die Besitzenden überhaupt, durch Genügsamkeit ein gutes Beispiel giebt (Unruhe rechts), je mehr sie an dem alten conservativen Grundsatz festhält: das Alte nur dann aufzugeben, wenn es wirklich veraltet ist, desto sicherer ist ihre Rettung, desto sicherer können wir auch alle darauf rechnen, daß wir den Ansturm der Feinde unserer Gesellschaftsordnung überstehen. (Lebhafter wiederholter Beifall links und im Centrum. Heftiges wiederholtes Zischen rechts.)

Abg. Graf Galen (Centrum). Es ist schwierig nach dem Staatssecretär, der den Gegenstand von allen Seiten beleuchtet hat zu sprechen. Der Antrag ist genau geprüft worden nicht allein vom Reichstag, sondern auch vom Staatsrath und ist von beiden Körperschaften abgelehnt worden. Ich stehe noch auf dem Standpunkt des vorigen Jahres, daß der Antrag nicht auf christlich-socialem Boden, sondern auf dem Boden des modernen Capitalismus erwachsen. Sein Princip zerstört die letzte Wurzel von christlich-socialem Herkommen. Graf Kanitz hat sich auf den rheinischen Bauernbund berufen, ich berufe mich gegen den Antrag auf eine Erklärung des westphälischen Bauernbundes, die seinen Antrag aufs Stärkste bekämpft. Also der Standpunkt des Centrum ist ganz derselbe wie im vorigen Jahre. Wir haben in der Commission noch einmal trotz unserer principiellen Bedenken geprüft, ob nicht ein Körnchen gefunden werden kann, das wir acceptiren können. Wir sind durch die Commissionsberathung nicht überzeugt worden. Die Verhältnisse der Landwirthschaft im Osten und Westen sind so verschieden geartet, daß sie nicht schablonenmäßig behandelt werden dürfen. Wir stimmen wie ein Mann gegen den Antrag. (Beifall im Centrum und links)

Abg. Graf von Schwerin (dconf.) (Auf der Tribüne fast unverständlich.) Den Einwendungen der Gegner des Antrags, daß wohl die Getreidepreise auf einer bestimmten Höhe erhalten würden, aber in Zeiten großer Noth nicht herabgesetzt werden könnten, ist von den Antragstellern durch eine Aenderung des Antrages Rechnung getragen worden. Ich habe mir erlaubt, eine graphische Darstellung der Getreidepreise in den letzten 40 Jahren nach nur amtlichem Material auf den Tisch des Hauses niederzulegen. Der Verdacht agrarischer Tendenzfärberei kann diese Darstellung also nicht treffen. Die Schwankungen sind recht bedeutend. Die Brotpreise aber sind von den Schwankungen der Getreidepreise nicht berührt worden, der Antrag Kanitz aber will nur die Schwankungen der Getreidepreise beseitigen. Die große Differenz zwischen den Getreide- und den Brotpreisen nutzen nur die Spekulanten aus. Ihnen würde durch unsern Antrag das Handwerk gelegt werden. (Bravo rechts.) Die Socialdemokraten wollen eine Proletarisirung des Bauernstandes, sie wollen die Löhne auf dem jetzigen niedrigen Niveau erhalten. Deshalb stimmen sie gegen den Antrag, obwohl sie ihn auf der anderen Seite für socialistisch erklären. Die Herren wollen eben keine sociale Reform, die der bestehenden Gesellschaft zu Gute kommen kann. Eine Vereinbarung mit den Vertragsstaaten halte ich für sehr wohl möglich. Wenn bei der Regierung der gute Wille vorhanden wäre, könnte sie nach dieser Richtung alle Schwierigkeiten beseitigen. Wenn man an gewisser Stelle die Ueberzeugung von der Nothlage der Landwirthschaft hätte, würden alle diese Einwendungen wie die Spreu vor dem Winde zerstieben. Dieser Antrag bedeutet den wirthschaftlichen Frieden. (Bravo rechts.)

Abg. Rickert (freis. Vg.) Ein schöner wirthschaftlicher Frieden! (Große Heiterkeit.) Wir gehen den Weg nicht mit. Ich bedauere es sogar, daß Herr von Marschall soviel Mühe aufgewendet hat. Graf Galen bezeichnete den Antrag als direct socialistisch. War es da politisch klug, daß das Centrum im vorigen Jahre in eine Commissionsberathung willigte. Die Bauern sollen die Agrarier nur bei Seite lassen, denn diese wollen vom Antrag nichts wissen. Wie steht es mit der Stärke der agrarischen Bewegung? Warum veröffentlicht der Bund der Landwirthe nicht seine Mitgliederlisten? Wenn die Regierung mit größerer Festigkeit dafür gesorgt hätte, daß nicht die staatliche Autorität in den Dienst dieser gemeingefährlichsten Agitation gestellt wird, dann wären wir nie soweit gekommen. (Beifall links, Lärm rechts. Herr von Plötz ruft: Sie müßten Minister werden.) Das überlasse ich Ihnen. (Heiterkeit links.) Rudolph Meyer hat in der „Gegenwart“ jüngst mitgetheilt, daß ein österreichischer Kunstmüller Herrn von Plötz im Jahre 1844 (Lachen rechts) ich wollt sagen im Jahre 1891 den ganzen Plan unterbreitet hat, auf dem der Antrag Kanitz beruht. (Herr von Plötz ruft: Der Mann wollte das ganze Monopol!) Ihre ganze Agitation ist demagogisch und Sie hetzen um so mehr, je ohnmächtiger Sie sich fühlen. (Lärm rechts.) Lehnen wir den Antrag rundweg ab, ich glaube nicht, daß die Herren ihn im nächsten Jahre wieder einbringen werden. (Herr von Plötz ruft: Abwarten.) Welcher Theil der Landwirthschaft hat denn Interesse an höheren Getreidepreisen? Der Reichskanzler hat uns im vorigen Jahr nachgewiesen, daß volle 76 Procent der deutschen Landwirthe kein Interesse daran haben. (Herr v. Ploetz ruft: Stimmt nicht!) Wo ist denn die Gegenenquete, die der Bund der Landwirthe veröffentlichen wollte? (Herr von Ploetz ruft: Längst veröffentlicht. Sie lesen bloß nicht vernünftige Blätter. Heiterkeit rechts) Bringen Sie sie doch morgen mit. Wir haben in Pommern eine kleine Enquete bei den pommerschen Bauern aufgenommen, die die Angaben des Reichskanzlers bestätigt. (Erneute Unterbrechungen rechts. Rufe links: Ruhe!) Sowie man nicht allgemeine Redensarten macht, ist mit Ihnen überhaupt nicht zu discutiren. (Heiterkeit). Der kleine Bauer hat keinen Nutzen vom Antrag Kanitz, weil er kein Korn, Getreide verkauft. Die Enquete, die der Bund der Landwirthe in Bayern veranstaltet, hat nicht erwiesen, daß die Lage der Landwirthe verzweifelt ist. Die Schuldverhältnisse der Bauern sind keineswegs so traurig, daß sie nicht weiter fortkommen können. Die Technik fehlt ihnen. Sie verwenden keinen Kunstdünger. (Lachen rechts). Die agrarische Agitation verstärkt nur den Pessimismus, der nicht mehr auf eigene Kraft vertraut: das sage ich Herrn v. Ploetz (Herr v. Ploetz: Nun lassen Sie mich, bitte, endlich einmal zufrieden). Die agrarischen Blätter beschäftigen sich ja auch fortgesetzt mit uns. Der Antrag Kanitz verschleiert die Subventionirung der Reichen. Aber hierher kommen und vom Staate eine baare Unterstützung verlangen, das wollen die Majoratsherren nicht. Der Antrag Kanitz ist der Socialismus der Junker. Ihn wollen wir ebenso wenig, wie den Socialismus der Arbeiter. (Bravo! links).

Abg. Graf Bismarck (wildconf.): Der Antrag Kanitz ist nur ein Nothbehelf, aber die Nothlage der Landwirthschaft rechtfertigt den Nothbehelf. Auch die Getreidezölle sind ein Nothbehelf. Der Antrag Kanitz ist auf demselben Boden gewachsen, wie die Schutzzölle. Der ideale Zustand wäre es ja, wenn es überhaupt keine Schutzzölle gebe. Aber dazu gehörte, daß die Production in allen Staaten unter denselben Bedingungen steht, und weiter, daß alle Staaten einheitliche Währung haben. Doch das sind Utopien. In der That hat der Antrag Kanitz sich fortgesetzt neue Freunde erworben. Grade die Rücksicht auf die armen ländlichen Wähler hat viele veranlaßt, trotz schwerer Bedenken sich ihm anzuschließen. Die Nothlage der Landwirthschaft steht fest, eine weise Regierung muß deshalb für sie sorgen. Wie soll das geschehen? Die kleinen Mittel der Regierung treffen nun leider nicht die Basis der ganzen Nothlage, die gesunkenen Getreidepreise. Habe ich einen Nagel im Finger, so werde ich ihn ebenso behandeln, als wenn er in einem gefährlicheren Körpertheil säße. (Lachen links.) Ein anderes Mittel als den Antrag Kanitz wissen wir nicht. Weiß die Regierung oder sonst jemand ein anderes Mittel, so werden wir es gern acceptiren. Ob durch Crediterleichterungen der Landwirthschaft geholfen werden kann, erscheint mir sehr fraglich. Auch von der Zuckersteuernovelle ist keine durchgreifende Besserung zu erwarten, ebensowenig von Bodenmeliorationen. Unrichtig ist die Behauptung, daß die Kleinbauern kein Interesse an hohen Getreidepreisen haben. Sie müssen Korn verkaufen, um baares Geld zu haben. (Sehr wahr, rechts.) Sonst würden sich doch auch nicht so viel Kleinbauern für den Antrag ausgesprochen haben. Tausende von ihnen sind heute in Gedanken hier und danken dem Grafen Kanitz. In England hat man längst eingesehen, daß die Abschaffung der Kornzölle ein schwerer Fehler war. Der Ruin der englischen Landwirthschaft datirt daher. Jetzt hat England nur noch 20,000 Grundbesitzer, bei uns giebt es aber 9 Millionen. Ein weiser Staatsmann muß erkennen, daß bei uns schwerwiegende Interessen auf dem Spiel stehen. Alle anderen Länder erhöhen auch fortgesetzt ihre Schutzzölle. Unsere Aufgabe ist es, der Regierung zu sagen, wo uns der Schuh drückt. An der Executive ist es, die nothwendigen Maßnahmen im Einzelnen zu treffen und durchzuführen. Der Bauer will unmittelbar seinen harten Thaler mehr haben; darauf kommt es an. Wenn man uns ein besseres Mittel als den Antrag Kanitz angeben kann, verzichten wir gern auf diesen Nothbehelf. Wenn Industrie und Landwirthschaft zusammenhalten, muß sich jede Regierung fügen. Kommt zu dem revolutionären Fabrikarbeiter noch der verbitterte, verarmte Landmann hinzu, dann schwinden die größesten Stützen von Thron und Altar. (Bravo rechts.)

Graf Bernstorff (Welfe) bekämpft kurz den Antrag Kanitz wegen seines socialistischen Charakters.

Dann wird die Fortsetzung der Debatte auf morgen Mittag 1 Uhr vertagt.

Schluß 6 Uhr.

Locales.

Breslau, den 17. Januar 1896.

* **Zur Beachtung.** Etwaige Berichtungen der Candidatenliste für die bevorstehenden Gewerbegerichtswahlen sind an G. Petzold, Brüderstraße 2g umgehend einzusenden.

* **Stadtverordneten-Versammlung.** Der Antrag auf Erweiterung des communalen Wahlrechts stand wohl auf der Tagesordnung der gestrigen Sitzung, aber zur Verhandlung kam er nicht. Ob die Berathung des Antrages lediglich deswegen unterblieb, weil der Referent, Stadtv. Heilberg, etwas spät erschien, oder ob man überhaupt die Sache noch nicht in Angriff nehmen wollte, wissen wir nicht; jedenfalls ist eine Beschleunigung in diesem Falle sehr zu wünschen. — Von den Vorlagen, die in der gestrigen Sitzung verhandelt wurden, erwähnen wir den Antrag auf Einführung des Schlachtzwanges, welcher dem Stadtv. Görlich Gelegenheit gab, für die Hausschlächterei eine Lanze zu brechen. Die in Breslau sehr verbreitete Hausschlächterei, so meinte der Redner, würde durch die Einführung des Schlachtzwanges schwer getroffen; es sei daher zu erwägen, ob nicht für das Schlachten der Schweine eine Ausnahme zu Gunsten der Hausschlächter zu machen sei, sofern sie nur sonst den sanitären Anforderungen genügten. Die nachfolgenden Redner belehrten jedoch den Freund der Hausschlächterei, daß die gewünschte Ausnahme nicht zugelassen werden kann. Es möge ja für manche Leute bequemer sein, das Vieh in ihrem Hofe zu schlachten, als in dem entfernt liegenden Schlachthaus, aber solche Verhältnisse dürften eben nicht aufrecht erhalten bleiben. Die Vorlage gelangte darauf zur Ueberweisung an den Wahl- und Verfassungsausschuß. Die öffentliche Sitzung hatte schon gegen 5½ Uhr ihr Ende erreicht, alsdann beriethen die Stadtväter im geheimen.

* „O, seid gesegnet, ihr flammenden Scheiterhaufen!“ Als eine erschreckende Probe von pharisäischem Fanatismus zieht die „Schles. Schulztg.“ in ihrer letzten Wochenschau die Stelle einer Schrift herbei, welche in den Weihnachtsfeiertagen im Verlage der „Germania“ erschienen ist. In dieser Schrift wird der Satz verfochten, daß zunächst, um Jesus Christus zur Herrschaft zu bringen, die Einheit im Glauben rücksichtslos wiederhergestellt werden müsse; zur näheren Beleuchtung des Gedankens wird u. A. ausgeführt:

> Der wohlthätigen Wachsamkeit der heiligen Inquisition ist der religiöse Friede, sowie auch die Glaubensfestigkeit zu verdanken, die den Adel der spanischen Nation ausmacht. O, seid gesegnet, ihr flammenden Scheiterhaufen, durch die einige wenige und dazu verschmitzte Subjecte beseitigt, jedesmal aber hundert und aber hundert Seelen aus dem Schlunde der Irrlehre und vielleicht auch der ewigen Verdammniß errettet worden sind, und auch die bürgerliche Gesellschaft geschützt wider Zwietracht und Bürgerkrieg, Jahrhunderte lang in Glück und Wohlfahrt erhalten blieb!“

Ja, die flammenden Scheiterhaufen! Wie sehr mögen es gewisse Leute, die für „Religion, Ordnung und Sitte“ in die Schranken treten, bedauern, daß der Kreuzzug gegen die verruchten „Umstürzler“ nicht mit Feuer und Schwert eröffnet werden kann. Am Ende des 19. Jahrhunderts werden im Interesse des „Glücks und der Wohlfahrt“ andere Zwangsmittel in Anwendung gebracht, die freilich eben so wenig die „Ketzer“ auszurotten vermögen, wie die flammenden Scheiterhaufen.

* Confiscation eines Märchenbuches! Gestern Abend gegen 5½ Uhr erschienen in der Expedition der „Volkswacht“ drei Criminalbeamte und beschlagnahmten auf Anordnung des Amtsgerichts das bereits im Jahre 1893 herausgegebene und bis jetzt unbeanstandet gebliebene „Märchenbuch für die Kinder des Proletariats.“ Den Beamten fielen 8 Exemplare in die Hände.

* Der Mörder der Else Groß ist noch immer nicht gefunden und es scheint so, als wenn er überhaupt nie der strafenden Gerechtigkeit in die Arme geführt werden sollte. Aber die Criminalpolizei, so heißt es, ist auch heute noch unausgesetzt um die Auffindung des unbekannten Mörders bemüht und folgt auch dem scheinbar unwichtigsten Zeichen, das eine Aufklärung der so geschickt verschleierten That verspricht. In ihrer Mittwoch-Nummer brachte die in Wohlau erscheinende „Schlesische Dorfzeitung“, der das amtliche Kreisblatt des Wohlauer Kreises als Beilage angehört, die nachstehende interessante Notiz aus Leubus:

> „Endlich scheint in die Ermordung der Else Groß aus Breslau einiges Licht zu kommen. Dieser Tage weilte hierselbst ein Criminalbeamter aus Breslau, um nach einer Version Recherchen anzustellen, die am Tage des Mordes hierhergekommen war und in einem hiesigen Locale verkehrt hatte. Alle Umstände deuten darauf hin, daß der Gesuchte, der einer hochangesehenen

mitteischlesischen Familie entstammt und nach Amerika „abgeschoben" worden war, der Mörder der Else Groß ist. Seiner Festnahme dürften jedoch noch manche Schwierigkeiten entgegenstehen, da er wieder über den Ocean entkommen ist."

Es ist die fünfundachtzigste Person, gegen die als des Mordes verdächtig die Untersuchung eröffnet worden ist; doch allem Anschein nach wird auch der Fünfundachtzigste nicht der Schuldige sein. „Der jetzt Verdächtigte trägt", so schreibt die „Bresl. Ztg." „einen Geschlechtsnamen, der abgekürzt allenfalls „Haßl" lauten kann und der eigene Bruder dieses Mannes hat denselben der hiesigen Polizeibehörde als den Mörder der Goldelse denuncirt. Als erschwerende Verdachtsmomente traten hinzu, daß der Betreffende, der Sprößling eines alten schlesischen Grafenhauses, im October 1894 aus Brasilien hierher gekommen ist, um von seiner Familie Geld zu erlangen, daß er hier in Breslau nicht unter seinem gräflichen Namen, sondern als „Rechtsanwalt Clarus" logirt hat und daß ihm von früher her — er zählt gegenwärtig 26 Jahr — der Ruf erheblicher Leichtlebigkeit anhängt, die auch der Grund zu seiner nicht ganz freiwilligen Uebersiedelung nach Brasilien wurde, wo er vor der Rückfahrt nach Europa angeblich als Viehzüchter lebte und wohin er auch wieder zurückgekehrt sein soll. Als entlastend steht dem Verdächtigen zur Seite, daß er am 27. und 28. October hier in Breslau Bekannte aus früherer Zeit aufgesucht hat, denen er seine Lebenslage als gut schilderte, daß er für den Falschnamen „Rechtsanwalt Clarus" seinen Freunden gegenüber sehr triftige Gründe angab, daß er Breslau angeblich am 29. October, also mehr als eine Woche vor der Mordthat, verlassen hat, daß keine der von der Frau Schwarzer als dem Mörder ähnliche Photographien auch nur die entfernteste Aehnlichkeit mit dem Brasilianer zeigt und daß der denuncirende Bruder längere Zeit in der Heilanstalt geweilt hat, aus deren Nähe die Notiz der „Schlesischen Dorfztg." stammt. Die Nachforschungen werden von der hiesigen Criminalbehörde mit vollem Eifer geführt, denn wie ein Alp lastet auf der Breslauer Criminalpolizei der Vorwurf, den Mörder nicht entdecken zu können, aber wahrscheinlich ist Nr. 85 am Morde der Goldelse ebenso unschuldig wie seine vierundachtzig Vorgänger in der Untersuchung."

* Erfahrungsmäßig werden bei der Truppe dienende Söhne hilfsbedürftiger Eltern häufig reclamirt, sobald ein jüngerer Sohn eingestellt wird. Derartige Reclamationen können aber in der Regel nicht berücksichtigt werden, während der jüngere Sohn nach § 32 Nr. 3 der Wehrordnung solange zurückgestellt werden darf, bis der ältere Sohn entlassen wird. Eine solche Zurückstellung erfolgt aber nur dann, wenn der jüngere Sohn rechtzeitig, d. h. spätestens im Musterungstermin, reclamirt wird. Das wird aber häufig unterlassen, zuweilen wird sogar auf Befragen die baldige Einstellung des jüngsten Sohnes als erwünscht bezeichnet, wobei die Absicht vorliegt, nach dessen Einstellung den bereits dienenden älteren Sohn zu reclamiren, was indessen gewöhnlich ganz aussichtslos ist.

* Die Uebungen der Mannschaften des Beurlaubtenstandes pro 1896/97 finden nach den ergangenen Bestimmungen in der Zeit vom 1. April bis 31. März, die der Schifffahrt treibenden Mannschaften im Winterhalbjahr 1896/97 statt.

* Bewegung der Bevölkerung. In der Woche vom [illegible] Januar bis 11. Januar 1896 fanden nach dem Wochenausweis des Statistischen Amts der Stadt Breslau [illegible] Eheschließungen statt. In der Vorwoche wurden 245 Kinder geboren; davon waren 198 ehelich, [illegible] unehelich, 241 lebendgeboren, 126 männlich, 115 weiblich, 4 todtgeboren, [illegible] Die Anzahl der Gestorbenen (excl. Todtgeborene) betrug [illegible] [illegible] Von den Gestorbenen standen im Alter von [illegible] [illegible] Es starben an Scharlach [illegible], an Masern und Rötheln [illegible], an [illegible] an Diphtheritis u. Croup [illegible] an Wochenbettfieber — [illegible] [illegible] an Krebs [illegible] [illegible] an Lungenschwindsucht [illegible] Gestorbene [illegible] 11.

* Polizeilich gemeldete Infectionskrankheiten. In der Woche vom [illegible] Januar bis 11. Januar 1896 wurden [illegible] Erkrankungsfälle gemeldet [illegible] an [illegible] Blattern — Cholera — Diphtheritis [illegible] an Unterleibstyphus — an Flecktyphus — an Scharlach [illegible] an Masern [illegible] an Ruhr — an [illegible] an Wochenbettfieber —.

* Die Plätze der Stadt Breslau. Nach der vom statistischen Bureau im Januar 1895 gemachten Aufstellung haben die in alphabetischer Reihenfolge nachbenannten Plätze einschließlich der darauf befindlichen Gebäude, Denkmäler, Bauden [illegible] und der an den Seiten laufenden Straßen folgenden Flächeninhalt: Kaiserin Augustaplatz 85 a, Berlinerplatz 99 a, Blücherplatz 90 a, Karlsplatz 24 a, Christophoriplatz 46 a, Dominikanerplatz 36 a, Domplatz 72 a, Exercierplatz einschließlich Promenade 2 ha 58 a, Friedrichsplatz 55 a, Gneisenauplatz 1 ha 62 a, [illegible]platz 1 ha 96 a, Lessingplatz 27 a, Matthiasplatz 1 ha 82 a, Mauritiusplatz 18 a, Museumplatz 1 ha 63 a, Neumarkt 1 ha 39 a, Rathsplatz (vorm. [illegible]) 37 a, Ring einschließlich der Gebäude 3 ha 64 a und ausschließlich der Gebäude 2 ha 59 a, [illegible]platz 98 a, Roßplatz 3 ha 4 a, Salvatorplatz 42 a, Scheitnigerplatz 2 ha, Sonnenplatz 26 a, Striegauerplatz 60 a, Tauentzienplatz 2 ha 4 a, Trebnitzerplatz 60 a, **Universitätsplatz 24 a, Wäldchen 1 ha 62 a, Waterlooplatz 40 a, Weißenburgerplatz 55 a und Zwingerplatz 27 a.**

* Stadt-Theater. Heut Abend findet die Festvorstellung zur „Feier des 25jährigen Gedenktages der Wiedererrichtung des deutschen Reiches" statt. Morgen Sonnabend, gelangt Wagners „Walküre" zur Aufführung.

* Lobe-Theater. Heute, Freitag, geht letztmalig die Doppel-Vorstellung von „Der Rabenvater" und „Tata-Toto" in Scene; in der Morgen Sonnabend stattfindenden Première des neuen erfolgreichen Lustspiels „Comtesse Guckerl" von Franz von Schönthan und Dr. Koppel-Ellfeld liegt die Titelrolle, welche eine junge, hübsche und fesche Wienerin verlangt, in Händen von Mizi Doppelbauer, einer Vollblut-Wienerin. Die Novität hat Director Witte-Wild persönlich inscenirt.

* Thalia-Theater. Morgen Sonnabend, gelangt, als Volksvorstellung für die Gruppe F. 3. Vorstellung, der Schwank „Der Unterpräfect" zur Aufführung — Sonntag Abends geht die Operette „Die Fledermaus" von Johann Strauß in Scene. Der Billetvorverkauf für diese Vorstellung findet Morgen, Sonnabend, von 10 bis 3 Uhr bei L. A. Schlesinger, Ring 10.11 statt.

* Arbeiterrisiko. Ein Schmied kam in einer Fabrik auf dem Striegauer Platz beim Heben eines schweren Eisenstückes zu Falle und verletzte sich erheblich am linken Knie. Ein Arbeiter wurde beim Abladen von Eis von einem fallenden Stücke Eis am Kopfe erheblich verletzt. Beide Verunglückte wurden dem Allerheiligenhospital zugeführt. — Einem Hausbälter auf der Adalbertstraße fiel ein Wiegemesser auf den Leib und fügte ihm eine schwere Schnittwunde zu. — Beim Eiseinfahren in einer Brauerei fiel einem Zimmermann ein großes Stück Eis auf den Rücken und brachte ihm eine schwere Verletzung bei. — Alle diese Verunglückten fanden im Krankeninstitut der Barmherzigen Brüder Aufnahme.

* Unglücksfall. Ein Schmiedemeister, der dieser Tage mit einem Wagen die Trebnitzer Chaussee entlang fuhr, brach, als der Wagen in den Chausseegraben fiel, ein Bein.

* Vermißt wird der 34 Jahre alte Drechsler Oscar Spitzer, der sich am 7. d. Mts. aus seiner in dem Hause Kleine Scheitnigerstraße 85 gelegenen Wohnung entfernt hat und nicht mehr zurückgekehrt ist. Er ist mittelgroß, hat dunkles Haar und einen dunklen Schnurrbart, und war mit einem dunklen Jaquetteanzug, einem Filzhut und langschäftigen Stiefeln bekleidet.

* Aus dem Polizeibericht. In das Polizeigefängniß wurden am 15. d. Mts. [illegible] Personen eingeliefert. — Abhanden kamen: eine silberne Herren-Remontoiruhr mit den Nummern 6053 und 801,880, ein Ausländspaß und drei Portemonnaies mit 5 Mark, 7,90 Mark und 10 Mark Inhalt. — Gefunden wurden: ein Mantelkragen, zwei Versicherungspolicen und eine silberne Remontoiruhr mit Goldrand.

Schlesien.

u. **Kirchlen**, 16. Januar. Die kassenärztliche Behandlung kranker Personen am hiesigen Orte haben wir der Kürze an der Hand zweier Fälle derart beleuchtet, daß man wohl sagen kann, es ist hierin nicht alles zum Besten bestellt. Gewisse Leute sind freilich [illegible] bereit, die von uns behaupteten Thatsachen nach Möglichkeit zu vertuschen. Demgegenüber können wir nur erklären, daß unsere Darstellung des Sachverhalts in allen Theilen der Wahrheit entspricht. Es ist nicht zu bestreiten, daß der Kassenarzt K., obwohl ihm die Zugehörigkeit des verunglückten Mannes zur Ortskrankenkasse bekannt geworden sein mußte, nicht Veranlassung nahm, den Kranken zum Zwecke der Behandlung während der Nacht zu besuchen. Dagegen ist Dr. P., der allerdings nicht zu den drei Kassenärzten zählt, sofort bereitwilligst einem an ihn gerichteten Ersuchen, dem Schwerverletzten beizustehen, gefolgt. — In dem zweiten von uns mitgetheilten Falle handelt es sich, wie wir noch ergänzend bemerken wollen, um die unverehelichte Bertha Willner, welche zuerst vom Kassenarzt K. behandelt worden ist. [illegible] an Herrn Dr. P. gewendet und [illegible] erzielt, daß sie zu ihrem Rechte kam. Erwägt man die geschilderten Vorkommnisse, so erscheint es wirklich nicht verwunderlich, wenn die Mitglieder der Ortskrankenkasse lebhaft die Anstellung eines vierten Kassenarztes wünschen, und ein [illegible] Antrag, der vor einigen Wochen in Umlauf gesetzt wurde, bereits mehr als [illegible] Unterschriften aufweist.

* **Neiße**, 15. Januar. Begnadigung. Dem Schlosser [illegible], welcher seine Frau aus Anlaß [illegible] und deshalb zu [illegible] Gefängniß verurtheilt worden war, ist die Strafe, die er noch nicht angetreten hatte, durch den König im Gnadenwege erlassen worden, [illegible] meldet unter der [illegible], daß er sich seiner Frau gegenüber zu einer Straf[illegible] [illegible].

r. **Ratibor**, [illegible] Januar. Eine recht seltsame Ueberraschung wurde am Anfang voriger Woche sämmtlichen Arbeitern der [illegible] Schiffswerft von Eduard [illegible] Nachfolger zu Theil. [illegible] erschien der [illegible] in Begleitung noch eines Polizeibeamten und [illegible] die beiden Hände [illegible]. Man kann sich [illegible] Das Räthsel [illegible] Einbruch in das [illegible] Mk. daraus [illegible] den Dieb liegen gelassen. [illegible] in den Raum [illegible] Nach den Befunden des Polizei-[illegible] eine Mauer, die [illegible] die Hände [illegible] der Meinung, daß der Dieb [illegible] Aber die [illegible] [illegible] ergebnißlos [illegible] gelassen.

Aus den Nachbarprovinzen.

[illegible] **Rawitsch**, [illegible] Januar. „Uebertretung" der [illegible] Versammlungen des vorigen Jahres [illegible] [illegible] Der Einspruch gegen das Strafmandat [illegible] Schöffengericht [illegible] des Schöffengerichts [illegible] Strafkammer [illegible] erfolgte [illegible] Nach § 1 der Regierungs-Polizeiverordnung für den Regierungsbezirk Posen vom 14. Januar 1890 müssen Schankwirthschaften um 10 Uhr Abends für den öffentlichen Verkehr geschlossen werden. [illegible] Gefällen [illegible] Fälle die [illegible] Schankwirthschaften in Rawitsch [illegible] von der Behörde [illegible] [illegible] [illegible] Vergütung oder unentgeltlich verabfolgt. (Entscheidung des Obertribunals bei Schenkof, Rechtsprechung, Band 8, Seite 678 und Band 17, Seite 277.) — Es ist deshalb nicht als thatsächlich festgestellt worden, daß Angeklagter am 14. September 1895 zu Rawitsch seine Schankwirthschaft über 10 Uhr Abends für den öffentlichen Verkehr geöffnet gehalten hat. Er war daher von der Anklage einer Uebertretung gegen die Regierungs-Polizeiverordnung vom 14. Januar 1890 freizusprechen. Die Kosten des Verfahrens beider Instanzen fallen nach § 499, Abs. 1, Reg.-Pol.-O. der Staatskasse zur Last.

Neueste Nachrichten.

— **Berlin**, 16. Januar. Die Feier der 25jährigen Wiederkehr der Kaiserproklamation scheint im Berliner Schlosse unter Ausschluß der Oeffentlichkeit sich zu vollziehen, denn es ist der deutschen Presse nach einer Mittheilung der „Köln. Ztg." der Zutritt zu den Feierlichkeiten direct verweigert worden. Nur durch den „Reichsanzeiger" und durch Wolff's Bureau wird der Welt Kunde gegeben werden von dieser Jubiläumsfeier des deutschen Reiches. Darob herrscht in den Kreisen der „gutgesinnten" Presse natürlich tiefer Schmerz. Wir glauben, die beste Antwort wäre die, daß die Presse, der der Zutritt von den Behörden verweigert ist, nun auch keine Berichte über die Feier bringt. Dazu würde allerdings etwas Rückgrat gehören und das fehlt eben unserer „patriotischen" Presse.

— In der Wahlprüfungs-Commission des Reichstages wurden heute die Wahlen der Abgg. Dr. Böckel (5 Kassel) mit 7 gegen 4 und Colbus (12. Elsaß-Lothringen) mit 7 gegen 5 Stimmen für giltig erklärt.

— Von der Commission für Arbeiterstatistik sollen in der zweiten Hälfte des Februar die Arbeitgeber und Arbeitnehmer des Müllereigewerbes über die Arbeitsverhältnisse in dem letzteren vernommen werden.

— Der „Nat.-Ztg." zufolge wird im gegenwärtigen Landtage eine Vorlage über die Abänderung der Disciplinarordnung der Privatdozenten eingebracht.

— Der Steckbrief gegen Rechtsanwalt Dr. Fritz Friedmann, dessen Erscheinen wiederholt als nahe bevorstehend angekündigt wurde, ist unter dem heutigen Datum erlassen worden.

— **Dresden**, 16. Januar. Eine große Demonstration gegen die geplante Wahlrechtsverschlechterung fand gestern Abend in drei großen Versammlungen statt. Um 5 Uhr füllten sich bereits die Versammlungslocale, welche um 6½ Uhr polizeilich gesperrt wurden, aber immer neue Schaaren strömten herbei. In der „Güldenen Aue", wo Liebknecht sprach, waren 4000 Menschen, im „Trianon", wo Bebel sprach, mehr als 3000, und in Schäfers Gasthof in Pieschen, wo Landtags-Abgeordneter Goldstein sprach, mehr als zweitausend Personen. Mindestens ebenso viele Personen konnten keinen Einlaß mehr finden, so daß circa 18,000 Personen an der großartigen Kundgebung theilnahmen. Bebel's Versammlung im „Trianon" wurde nach Verlesen der Protestresolution durch den Referenten von der Polizei aufgelöst. Ungeheure Begeisterung herrschte in der überaus imposanten Versammlung.

— **Schwerin in Meckl.**, 16. Januar. Anläßlich des 25sten Gedenktages der Neubegründung des deutschen Reiches ist heute ein großherzoglicher Gnaden-Erlaß ergangen für Uebertretungen, welche mit Freiheits- oder Geldstrafen von nicht über sechs Wochen beziehungsweise 150 Mark belegt werden.

— **München**, 16. Januar. Die Abgeordneten-Kammer hat heute bei der Berathung der Conversions-Anträge einen modificirten Antrag Daller — die Regierung möge die Conversion der vierprocentigen Staatsschuld in dreiundeinhalbprocentige baldigst in Angriff nehmen, soweit rechtliche Bedenken nicht bestehen — nachdem der Antrag die Billigung des Finanzministers erhalten hatte, mit 121 gegen 12 Stimmen angenommen. Der Antrag der Socialdemokraten auf eine neue dreiprocentige Conversion wurde abgelehnt.

— Das Münchener Militärgericht verurtheilte den Lieutenant Schoefter in München, der in der Sylvesternacht dem Sergeanten Zech die von letzterem geforderte Patrouille mit scharfen Patronen ins Pschorrbräu mitgab, zu 30 Tagen Stubenarrest.

Paris, 16. Januar. Der Senat wählte Loubet mit 186 Stimmen zum Präsidenten.

— **Berlin**, 17. Januar. Der „Vorwärts" das Centralorgan der deutschen Socialdemokratie, bringt den Gnadenerlaß des Kaisers, der für den 18. Januar zur Veröffentlichung im „Armee-Verordnungsblatt" bestimmt ist, selbstverständlich schon in seiner heutigen Morgennummer. Der Erlaß hat folgenden Wortlaut:

Ich will, um den Tag, an dem vor 25 Jahren die Neubegründung des Reiches erfolgt ist, auch hinsichtlich der Armee durch einen Act der Gnade zu bezeichnen, denjenigen Militärpersonen, gegen welche bis zum heutigen Tage im Bereiche der preußischen Militärverwaltung 1. Strafen im Disciplinarwege verhängt sind oder 2. durch ein Militärgericht auf Freiheitsstrafe von nicht mehr als sechs Wochen oder Geldstrafe von nicht mehr als 150 Mk. oder beide Strafen vereinigt, rechtskräftig erkannt worden ist, diese Strafen, soweit sie noch nicht vollstreckt sind, und die noch rückständigen Kosten in Gnaden erlassen. Ausgeschlossen von dieser Gnadenerweisung bleiben 1. die wegen Beleidigung, vorschriftswidriger Behandlung oder Mißhandlung Untergebener (Paragraphen 121 und 122 des Militär-Strafgesetzbuchs) verhängten Strafen, 2. Freiheitsstrafen neben denen zugleich auf eine militärische Ehren-Strafe erkannt ist, 3. die gegen Fahnen-Flüchtige im Ungehorsams-Verfahren verhängten Geldstrafen. Ist in einer Entscheidung die Verurtheilung wegen mehrerer strafbaren Handlungen ausgesprochen, so greifen diese Gnaden-Erweisungen nur Platz, sofern die Strafe insgesammt das oben bezeichnete Maß nicht übersteigt. So weit in einem der obenbezeichneten Fälle vertragsmäßig einem der hohen Contingentsherren das Begnadigungsrecht zusteht, bleibt dasselbe durch diesen Erlaß unberührt. Ich beauftrage Sie, für die schleunige Bekanntmachung und Ausführung dieses Erlasses Sorge zu tragen.

Berlin, 15. Januar 1896. Wilhelm.

An den Kriegsminister Bronsart von Schellendorf.

— **Berlin**, 17. Januar. Das „Märchenbuch für die Kinder des Proletariats" ist auch hier confiscirt worden. Es wird gemeldet: Gestern Nachmittag erschienen in der socialdemokratischen Buchhandlung von Hans Backe, Eisenaftraße, Beamte der politischen Polizei, die auf telegraphische Anweisung der Staatsanwaltschaft in Breslau (!) nach dem bekannten „Märchenbuch für die Kinder des Proletariats" haussuchten. Gefunden und beschlagnahmt wurden 643 Exemplare.

Verantwortlich gemäß § 7 des Preßgesetzes: [illegible]; für den Inseratentheil [illegible]. — Redaction und Expedition: Neue Graupenstraße 5/6. — Verlag von C. Schütz & Co.; Druck von [illegible] — [illegible] in Breslau.